Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zelle in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 228. Mittag-Ausgabe. Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 17. Mai 1873.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

78. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (16. Mai.)

9 Uhr. Am Ministertisch Achenbach, Camphausen und mehrere Commissarien.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Berathung der Eisenbahn-Anleihe von 120 Millionen Thaler.

In der General-Discussion ergreift das Wort

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Graf Itzenplitz hat sich dadurch ein deutliches und positives Verdienst erworben, daß er zum ersten Male das Princip der Staats-Eisenbahnen zur Anerkennung gebracht hat. Daß er als redlicher Mann aus allen Anfechtungen hervorgegangen ist, darin liegt kein Verdienst, denn es versteht sich von selbst; indessen ist es doch in dieser Zeit der Corruption immer anzuerkennen. Die berühmte Rede des Abgeordneten Lasker war auch nur eine Variation über dieses Thema. Den praktischen Resultaten der Untersuchungs-Commission sehe ich mit sehr gemischten Hoffnungen entgegen. Herr Lasker hat zwar gesagt, daß an diesem Hause die Corruption vorübergegangen sei, aber viele Mitglieder erwarben sich doch ihr kümmerliches Brot als Mitglieder von Verwaltungsräthen, ein Umstand, der im Lande zu allerlei Mißdeutungen Anlaß zu geben geeignet ist. Ich erinnere an das Wort der heil. Schrift: wer ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein auf sie. Herr Lasker hat gestern das Wort eines großen Staatsmannes citirt, der ihn wegen seines wirthschaftlichen Sieges becomplimentirt habe; das sieht wie Selbstberäucherung aus und davor möge sich Herr Lasker doch hüten.

Präsident v. Forckenbeck: Ich rufe den Redner zur Ordnung, weil er dem Abgeordneten Lasker den Vorwurf gemacht hat, er glorificire sich selbst.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Ich habe nur gesagt, er solle sich davor hüten. Den Hauptmangel dieses Gesetzes finde ich mit dem Abgeordneten Richter darin, daß der Osten zu wenig berücksichtigt ist; indessen wir werden uns mit der Resolution des Abgeordneten Kameke begnügen, denn die Hauptugend der Conservativen ist ja die Geduld.

Abg. Lasker: Das gestern von mir erwähnte Citat war um so unverfänglicher, als ich hinzufügte, der betreffende Staatsmann habe mein Vorgehen getadelt. Das Haus wird mir wohl zugestehen, daß das Ausposaunen meines Lobes nicht meine Sache ist. Ich habe mich nur zum Wort gemeldet, weil der Vorredner in einer Rede, die in gar keinem Verhältniß zu der Wichtigkeit der Vorlage steht, gleichsam vor dem Tribunal der öffentlichen Meinung constatirte, daß der abgetretene Handelsminister die neue Zeit vorbereitet habe. Ich habe mich bis jetzt absichtlich einer Kritik über die Geschäftsführung des früheren Handelsministers, der im Bewußtsein, das Vertrauen dieses Hauses und des Landes verloren zu haben, zurückgetreten ist, enthalten; ich werde auch jetzt der Versuchung dazu widerstehen, obgleich ich förmlich dazu provocirt werde. Wenn der Vorredner der Untersuchungs-Commission kein Wohlwollen oder keine Hoffnung entgegenbringt, so kann sich dieselbe darüber beruhigen; sie hat sich redlich bemüht, ihre schwierige Aufgabe zu erledigen; sie verdient aber nicht, einer mißbilligenden Kritik anheimzufallen, bevor man sie nicht gehört hat. Wenn man so erhebliche Anschuldigungen gegen das Haus vorbringt, wie der Vorredner, so sollte man die Sache nicht mit Witzen behandeln, sondern die Gegenstände der Anklage näher bezeichnen. In keinem Falle ist sein Bibel-Citat, das den Menschen an seine Unvollkommenheit erinnern soll, auf das Princip der Uebung einer Controle einer Landesvertretung anwendbar.

Abg. Reichensperger (Koblenz) bedauert, daß die Forderungen, die man eigentlich in zwei Theile hätte zerlegen sollen, die großen neuen Staatsbahnen und die übrigen Zwecke der Anleihe zusammengeschweißt seien und dadurch ein moralischer Zwang ausgeübt werde, entweder Alles anzunehmen oder Alles zu verwerfen. Redner kann sich mit der Forderung von 50 Millionen für die Bahn Berlin-Wetzlar nicht einverstanden erklären, wird sie aber gleichwohl in Verbindung mit den übrigen Positionen bewilligen. Mit diesem Gesetze wird das gemischte Eisenbahnsystem verlassen und es ist zu verwundern, daß der Abg v. Meyer, der doch ein hartgesottener Conservativer ist, sich dafür erwärmen und der Staatsomnipotenz in dieser Beziehung das Wort reden konnte. Denn wenn der Staat ein solches eisernes Netz in der Hand hat, so wächst seine Macht ganz enorm.

Abgeordneter Graf Wintzingerode: Eine Behauptung, wie die des Vorredners, hätte in dem jetzigen Stadium der Berathung nicht mehr ausgesprochen werden sollen. Der Herr Handelsminister hat ja erklärt, daß allerdings in der öffentlichen Meinung eine Neigung zum Staatseisenbahnsystem vorhanden sei; indessen hat er hinzugefügt, daß den berechtigten Forderungen des Staats die Privatindustrie nicht erdrückt werden solle.

Abg. Rickert: Ich muß doch Herrn Lasker gegenüber constatiren, daß zahlreiche Mitglieder dieses Hauses mit der gestrigen Abstimmung die Frage, ob Staats-, ob Privatbahnen, entschieden sehen. Der Staat tritt hier ausgesprochener Maßen als Concurrent und nach den eigenen Worten des Ministers als Regulator für die Privatbahnen auf. Wo bleibt da das gleiche Licht und die gleiche Sonne, wenn der eine Concurrent die ganze Macht und alle Mittel des Staates hinter sich hat, während sich der andere nur auf das Privatcapital stützt?

Abg. Heise: Die Vorwürfe, die so vielfach gegen die Privatbahnen geäußert worden sind, muß ich doch als meist unbegründete zurückweisen. Die Entwickelung unseres Eisenbahnwesens ist noch lange nicht abgeschlossen, das Bedürfniß ist groß und hauptsächlich ist es von den Privatbahnen befriedigt worden, die auch in kriegerischen Zeiten in patriotischer Hinsicht unter einander gewetteifert haben. Ich stimme der Vorlage nur unter der Voraussetzung zu, daß die Regierung nicht durch ein Monopol die Privat-Eisenbahn-Industrie ruiniren werde.

Der Handelsminister: Ich habe gestern ausdrücklich erklärt, ich sei nicht in der Lage, ein Programm über die künftige Eisenbahnpolitik auszusprechen. Wenn ich andererseits erklärt habe, daß ich die Verantwortlichkeit für diese Vorlage übernehme, so liegt darin ausgesprochen, daß ich in derselben eine Abweichung von den früher in Preußen herrschenden Principien und eine Basis für das Staatsmonopol des Eisenbahnwesens nicht erkenne. Ich habe ausdrücklich hervorgehoben, daß wir viele gute Einrichtungen den Privateisenbahngesellschaften verdanken und in mageren Jahren auf die Mitthätigkeit des Privatcapitals werden zurückgreifen müssen. Niemand wird aber den gewaltigen Einfluß verkennen, den die Eisenbahnen auf Handel, Verkehr und Industrie ausüben; deshalb kann der Staat dagegen nicht gleichgiltig sein, als ob es sich dabei lediglich um einen Gewerbebetrieb handelte. Ich will nur an den Ausspruch erinnern, der neulich im englischen Parlamente gethan ist: „Regiert Ihr nicht die Eisenbahnen, so regieren sie Euch." Wie soll nun der Staat einen Einfluß ausüben? Soll man ihm eine ganze Reihe polizeilicher Befugnisse geben? Dieser Weg wird wenig Anhänger in diesem Hause zählen. Es bleibt also nur übrig, das Staatseisenbahnnetz so auszurüsten, daß es einen ausreichenden Einfluß ausüben kann, das ist die Tendenz dieser Vorlage, die nach meiner Ansicht nur eine Minimalforderung enthält, mit welcher jede an meiner Stelle stehende Persönlichkeit vor das Haus treten muß. Der Vorwurf, daß sie eine Monopolisirung der Eisenbahnen in den Händen des Staates bezwecke, ist also unbegründet. Sie dienen nur den Interessen des Landes, wenn Sie die Vorlage annehmen.

Hierauf wird die Generalcussion geschlossen. Persönlich bemerkt:

Abg. von Meyer (Arnswalde): Ich hatte geglaubt mir den Dank des Abg. Lasker zu verdienen, da ich ihm Gelegenheit gegeben habe, Vorwürfe abzulehnen, die vielfach in der Gesellschaft gegen ihn erhoben worden sind; von der Untersuchungscommission habe ich gar nicht gesprochen. Ebenso muß ich bestreiten, daß ich Witze mache; was ich hier sage, ist mir bitterster Ernst, und legt man es anderes aus, so ist das nur ein neuer Beweis, daß wir einander nicht verstehen.

In der Specialdiscussion über § 1 (Berlin-Wetzlar, Sierk-Lahnbahn u. s. w.) erhält das Wort der Abgeordnete Virchow (gegen die Vorlage): Es ist vom Ministertisch so sehr die Rentabilität und Productivität der in der Vorlage geforderten Bahnen betont worden. Aber diese Rücksicht allein darf nicht die entscheidende sein. Die Productivität, die, wie ich dem Herrn Finanzminister zugebe, für die Bahn von Berlin nach Wetzlar außerordentlich sein wird, darf nicht im Sinne der Speculation erzielt werden. Der Staat hat zuerst mit Rücksicht auf die wirthschaftlichen Interessen des Landes zu prüfen, welche Bahnen unumgänglich nöthig sind und diese zu bauen. Die Regierung hat ja nicht beliebig über ungemessene Mittel zu verfügen, sie muß sich auch hier nach der Decke strecken, und von diesem Gesichtspunkte aus erkläre ich die Bahn von Berlin nach Wetzlar als nicht in erster Linie nothwendig. Der Staat soll und darf nicht der erste Speculant im Lande sein, er soll nur da helfend eingreifen, wo die Thätigkeit des Volkes nicht ausreicht. Sonst entsteht zwischen ihm und den Privaten der Streit, wer die besten Linien, den fettesten Boden für seine Speculationen gewinnen soll, wie das wieder bei der Bahn von Harburg nach Hannover geschehen ist.

Der Staat muß der Privat-Industrie vollen Spielraum lassen, dann aber allerdings seine Gesetze so einrichten, daß er sie stets im Zaum hält. Die Bahn Sierk-Koblenz wird allerdings niemals sehr rentabel sein, da sie, wie vom Ministertisch betont wird, nur aus militärischen Gründen gebaut wird. Aber ich meine, daß diese Moselbahn jetzt nicht mehr so wichtig ist, wie vor 1870. Damals stießen wir nur mit dem kleinen Streifen von Saarbrücken an die französische Grenze und brauchten eine Bahn durch denselben, die uns mit Frankreich in Verbindung setzte, heute nach der Ausdehnung der deutschen Grenze ist das nicht mehr der Fall. Für diese kostspielige, der Natur des Landes nach, das sie durchläuft, wenig rentable Bahn liegt die militärische Nothwendigkeit nicht vor. Andere wirthschaftliche Dinge sind dringender und unaufschiebbarer.

Finanzminister Camphausen: Der Herr Vorredner macht der Regierung den Vorwurf, sie suche durch Spekulation Productivität zu erzielen; ich weiß nicht, ob das ein Nachtheil wäre, wenn es wahr wäre. In dem Sinne aber, wie er es ausdrückt, ist es nicht richtig. Der preußische Staat hatte früher keine durchgehende Verbindung zwischen seiner östlichen und westlichen Grenze gehabt, und es war ein großer Schritt, als man sich zu seiner Zeit entschloß, mit der Ostbahn eine Schienenstraße nach der russischen Grenze zu führen. Ein nicht geringerer Schritt ist es, wenn wir nun die Verlängerung dieser Bahn von Berlin bis an die französische Grenze herstellen. Allerdings könnte man rathen, den Bau dieser Bahn der Privatindustrie zu überlassen. Ich bin der erste, der es eine Thorheit nennt, wenn der Staat die Privatindustrie unterdrücken wollte, ich bin vielmehr innig überzeugt, daß dieselbe auch in Zukunft sich kräftig entwickeln kann und muß. Aber dem gegenüber dürfen wir doch nicht blind sein gegen den Vortheil, den der Staat gewinnt, wenn er eine einheitliche Bahn für seine Zwecke von seiner äußersten östlichen bis an seine äußerste westliche Grenze erhält.

Die Bahn von Sierk nach Koblenz hat gerade in der letzten Zeit an Bedeutung zugenommen, schon der feste Rheinübergang bei Koblenz ist von der größten militärischen Wichtigkeit. Sicher fällt es doch schwer in die Wagschale, daß der größte Stratege der Neuzeit sich sehr warm für diese Bahn ausgesprochen hat, und auch dem Nichtstrategen muß die Bedeutung einer Eisenbahn von dem Centralpunkte des Landes nach der Grenze einleuchtend sein. Die finanziellen Bedenken für diese Bahn haben sich in letzter Zeit wesentlich vermindert, der Verkehr nach Frankreich wird die nicht mehr isolirte Moselbahn aufsuchen und mancher Centner und manche Person sie benutzen, der es früher nicht einfiel. Daher bitte ich Sie, das gestern abgegebene Votum zu bekräftigen. Wir gehen gegenwärtig mit der Schuldentilgung rüstig vor, und bei der günstigen Finanzlage des Staats können wir wohl fragen, ob es besser ist, einige Steuern zu erlassen oder ein paar Millionen in die Schanze zu schlagen, um eine nöthige Bahn zu bauen, auch wenn sie zunächst keine großen Revenüen verspricht. Es können auch Zeiten kommen, in denen der Staat für sich wieder Anleihen machen muß. (Heiterkeit.) Ja wohl, solche Zeiten können wieder einmal kommen. Allerdings werden wir auch in nächster Zukunft an andere nothwendige Dinge z. B. an die Erweiterung des Canalbaues, zu denken haben (Beifall) und ich habe das feste Vertrauen zu dem neuen Herrn Handels-Minister, daß er uns sehr bald eine Vorlage nach dieser Richtung hin bringen wird. (Heiterkeit.)

Der § 1 (Berlin-Wetzlar u. s. w.) wird fast einstimmig genehmigt.

Die Position von 1,700,000 Thaler zur Erweiterung der Berliner Verbindungsbahn giebt dem Abg. Berger (Witten) Anlaß zu folgender Erklärung: Mein verehrter Freund Virchow bezeichnete gestern das Project der Herstellung einer Stadtbahn für Berlin als einen Gedanken, der allerdings ein Gründungs-Comité anzureizen geeignet sei. Da die Deutsche Eisenbahnbau-Gesellschaft diesem Unternehmen bereits näher getreten ist, so könnte diese Aeußerung mißverstanden werden, und da diese Gesellschaft nach den von mir eingezogenen Nachrichten — ich selbst stehe ihr persönlich ganz und gar fern — eine durchaus solide ist, ja an ihrer Spitze hochehrenwerthe Männer stehen, so werden Sie mir gestatten, dieser mißverständlichen Aeußerung meines verehrten Freundes entgegenzutreten. Das Project, eine Bahn durch Berlin zu bauen, reizt thatsächlich die Gründer hier in Berlin in keiner Weise an. Ein Beweis dafür geht daraus hervor, daß die Gesellschaft, welche diesen Bau zu unternehmen Willens ist, gegenwärtig unter der Anfeindung der Gründer hier in Berlin sehr leidet. Bekanntlich wollen die Gründer nicht selbst bauen, den Betrieb übernehmen und nachhaltig exploitiren, sondern nur den Rahm von der Milch abschöpfen und hinterher die Sache Anderen überlassen. Genau das Gegentheil liegt aber hier in Berlin mit der sogenannten Stadtbahn vor. Ich kann nach der von mir angestellten Untersuchung bezeugen, daß die deutsche Eisenbahnbau-Gesellschaft und deren Vorstand mit allem Ernst und aller Unparteilichkeit an das Unternehmen herangegangen ist. Sachlich aber wird mir mein verehrter Freund Virchow gestatten, meine Nichtübereinstimmung mit seiner gestrigen Auslassung hier kurz darzulegen. Ich halte die Herstellung einer durch die Stadt Berlin gehenden Bahn ihr höchst nützlich. Das Project verdanken wir bekanntlich dem Geheimen Oberbaurath Hartwig, einem langjährigen bewährten Mitgliede der Staatsregierung und hervorragenden Eisenbahn-Techniker. Die Unterstützung der Staatsregierung ist ihr insoweit zugesichert, als durch eine königliche Cabinetsordre ihr die Priorität der Concession in Aussicht gestellt ist.

Das Projekt erstreckt sich bekanntlich dahin, im Anschluß an die Niederschlesisch-Märkische Bahn eine Linie herzustellen, die dem Königsgraben folgend an der Artilleriewerkstatt vorbei, dann an dem Renz'schen Circus zur Spree überschreitend, an der nördlichen Grenze des Thiergartens über Charlottenburg und dem Grunewald nach Potsdam gehen soll. Mein verehrter Freund hat nun das Bedenken, daß durch die Ausführung dieses Projektes gewisse öffentliche Gebäude, an denen ja Berlin gerade keinen großen Ueberfluß hat, ihrer jetzigen und zukünftigen Bestimmung entzogen werden. Ich kann ihn in dieser Beziehung vollständig beruhigen. Nach der von mir genommenen Einsicht des Projekts werden alle diese Gebäude, die Herr Virchow im Auge hatte, vollständig unversehrt bleiben, und es ist dem Projekt jetzt neuerdings mit Zustimmung der k. Staatsregierung die Richtung gegeben worden, daß kein öffentliches Gebäude irgendwie davon berührt wird. Ich wünschte, daß es der deutschen Eisenbahnbaugesellschaft gelingen möchte, das Projekt, deren wir ja ähnliche in London, Paris u. a. Städten haben, zur Ausführung zu bringen; sollte das aber nicht der Fall sein, wie ich bei der Animosität der Gründer gegen das Unternehmen befürchte, daß alsdann die königl. Staatsregierung auf irgend eine Weise diesem sehr nützlichen Unternehmen dir Ausführung zusichern wird.

Abg. Braun (Hersfeld): Der Abg. Virchow scheint bei seinem wiederholten Aufenthalt in Paris und London inmitten seiner wissenschaftlichen Studien über den Einfluß städtischer Bahnen auf den städtischen Verkehr die praktischen Beobachtungen nicht gemacht zu haben. Ich prognosticire, daß Sie in Berlin in fünf Jahren die Stadtbahn haben werden, die für den inneren Verkehr und die Rentabilität der in Berlin mündenden Bahnen von ungemeiner Wichtigkeit ist. Wenn z. B. jetzt drei verschiedene Bahnen Extrazüge nach Wien veranstalten, so würde diejenige die Concurrenz mit dem größten Erfolge bestehen und den Verkehr an sich ziehen, die mit der Stadtbahn zusammenhinge, selbst wenn sie höhere Preise für die Fahrt verlangte. Die ersten Eisenbahntechniker Berlins theilten diese Auffassung von der Bedeutung der Stadtbahn. Sie ist auch nicht theuer, denn es würden dabei große alte Wassergräben benutzt, deren Zuschüttung die Canalisation unterstützen und den Gesundheitszustand Berlins fördern würde. Der Plan ist wirklich nicht so ungeheuerlich, wie er Herrn Virchow erscheint.

Abg. Virchow erinnert sich, in Paris wenigstens keine Stadtbahn gesehen zu haben.

Schließlich wird das Gesetz betr. die Eisenbahn-Anleihe im Ganzen definitiv genehmigt, desgl. ohne Debatte in dritter Berathung das Gesetz betr. den preußischen Antheil an der Kriegsentschädigung, und in zweiter die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1871. Damit in Bezug auf die letztere Vorlage die Form der dritten Berathung möglichst rasch erfüllt und zugleich ein starkes Register von Petitionen, die zur Berathung im Plenum nicht geeignet sind, abgethan werde, schließt der Präsident um 11 Uhr die Sitzung und hält um 12 Uhr eine neue (die 79.) ab, die dem angegebenen Zweck in wenigen Minuten genügt. Die nächste Sitzung und ihre Tagesordnung zu bestimmen, behält der Präsident sich vor.

34. Sitzung des Herrenhauses. (16. Mai.)

10½ Uhr. Im Hause 22 Mitglieder. Am Ministertische Leonhardt. Die Commission zur Vorberathung des Gesetzes betreffend die Betheiligung der Staatsbeamten bei der Verwaltung von Erwerbsgesellschaften hat sich constituirt. Vorsitzender v. Plötz, Stellvertreter Graf zu Eulenburg, Schriftführer Dr. Schulze, v. Thaden.

Ohne Debatte werden in Schlußberathung definitiv angenommen das Gesetz betreffend die Erhöhung der Gebühren der Advokatanwälte und Advokaten im Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Cöln, das Gesetz betreffend die den Gerichtsbeamten bei den Collegialgerichten in demselben Bezirk für Reisen in Civilprozessen zustehenden Reisekosten und Tagegelder, das Gesetz über die Forstnutzungen aus den Staatswaldungen in den vormals kurhessischen Landestheilen, das Gesetz betreffend die Berechnung des Kostenpauschquantums in den Streitsachen der Armenverbände. Sodann werden gleichfalls ohne Debatte angenommen: Die Anträge der Budgetcommission: unter Beitritt zu den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, die Entlastung der Staatsregiernng in Bezug auf die allgemeine Rechnung des Jahres 1869 und des Jahres 1870, sowie in Bezug auf die Verwaltung des Staatsschatzes für dieselben Jahre auszusprechen.

Schluß 11¼ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

33. Sitzung des Reichstages. (16. Mai.)

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Fürst Bismarck, Delbrück, Fäustle, v. Mittnacht u. A.

Der Reichstag versagt zunächst die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Redacteurs Dr. Sigl in München, des „Dresdener Volksblattes", des „Krimmitschauer Bürger- und Bauernfreundes" und der „Chemnitzer Freien Presse", sowie eines Posamentier Demmler wegen einer Rede in einer Volksversammlung. Abg. v. Unruh ist nicht abgeneigt, die Verfolgung des Sigl zu gestatten, damit die Praxis, den Reichstag ungestraft beleidigen zu dürfen, sich nicht gar zu sehr befestige. Aber v. Hoverbeck und der Referent Valentin sind durchaus anderer Meinung und das Haus stimmt ihnen bei.

Sodann wird die dritte Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend den Invalidenfonds, eröffnet, zu welcher verschiedene Amendements vorliegen, deren gegen die Beschlüsse der zweiten Berathung gerichtete Tendenz aus den Reden in der Generaldiscussion deutlich hervortritt. Ihr Wortlaut wird besser bei jedem einzelnen Paragraphen mitgetheilt werden.

Abg. Richter: Ich habe die Idee eines Invalidenfonds von Anfang an bekämpft und halte es noch heute für wichtiger, diese Gelder an die Einzelstaaten nach Maßgabe der Zahl ihrer Invaliden zu vertheilen. Nichtsdestoweniger haben wir die technischen Schwierigkeiten einer solchen Vertheilung nicht verkannt und deshalb nicht unbedingt den Invalidenfonds bekämpft. Inzwischen ist aber der Entwurf in zweiter Lesung vielfach verändert worden. In der beschlossenen Zulassung der Communalpapiere liegt der Anfang einer staatlichen Organisation des Communalwesens nach französischem Muster. Ich bin nicht geneigt, eine solche Institution begründen zu helfen in einer Zeit, wo man gerade auf die Selbstverwaltung der Commune dem Staate gegenüber auch in wirthschaftlicher Hinsicht ein so großes Gewicht legt. Ich halte es für wirthschaftlich nicht gerechtfertigt, die Communen daran zu gewöhnen, außerhalb ihrer Gemeinden die Befriedigung ihres Creditbedürfnisses in Berlin bei der Regierung des Reiches zu suchen. Nachdem wir gestern erst eine Eisenbahnanleihe von 120 Millionen Thaler der Preußischen Regierung bewilligt haben, ist dies Bedenken gegen die Hereinziehung der Commune in den Invalidenfonds nur noch verstärkt. Auch die Staatsbanken haben Sie zugelassen. Darin erblicken wir das Anzeichen einer reactionären Strömung, die sich auf wirthschaftlichem Gebiete jetzt geltend macht und die auch in der Tagesmeinung eine gewisse Stütze findet. Ich bin nicht geneigt, mich dieser Strömung anzuschließen, sondern meine, daß, wenn sie noch weiter in der Gesetzgebung maßgebend werden sollte, dadurch viel größere Uebelstände in wirthschaftlicher und socialer Beziehung hervortreten werden, als heute bereits vorhanden sind. Sollten die Beschlüsse der zweiten Lesung aufrecht erhalten werden, so werde ich gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. v. Benda kann nicht begreifen, wie man in eine Napoleonische Wirthschaft gerathen solle, wenn man den Communen die Möglichkeit darbietet, ihre Verhältnisse aufzubessern. Was die 120-Millionen-Anleihe betrifft, so hat uns neulich der Finanzminister versichert, daß er davon für den Invalidenfonds keinen Gebrauch machen wolle, und dabei müssen wir uns beruhigen. Ich bitte das Haus dringend, bei den Beschlüssen der zweiten Lesung bei § 2 des Gesetzes zu bleiben, in § 9 aber die durch den Antrag Websky beschlossene Beschränkung heute wieder aufzuheben.

Abg. Miquél: Es ist doch eigentlich ein eigenthümliches Schauspiel, daß wir, eine Nation von Deutschen, eine Summe von 180 Millionen Thlr. nicht glauben, rentabel bei uns selber anlegen zu können; sondern aus Mißtrauen gegen uns selbst die Nothwendigkeit der Anlegung in ausländischen Fonds verlangen. Ich bitte Sie dringend, vor allem die Communalpapiere aufrecht zu erhalten. (Zustimmung rechts.) Welch ein thatsächlicher Unterschied liegt denn eigentlich für diese Frage zwischen Communal- und Staatsanleihen? Die letzteren werden sämmtlich in den nächsten Jahren, wenn wir keinen neuen Krieg bekommen, ausschließlich zur Beförderung allgemeiner innerer Landes-Interessen verwendet werden; ganz derselbe Grundsatz aber ist auch für die Communalanleihen maßgebend; ein Widerspruch der Interessen liegt hier nirgend vor. Willkürlichkeit und Begünstigung einzelner Gemeinden sind nicht gut möglich, weil keine Anleihe creditirt werden kann ohne gründliche Untersuchung der Ober-Aufsichtsbehörde. Wie würde es aussehen, wenn wir die preußischen Provinzen, Kreise und Städte ausschließen, die gerade bei der jetzigen preußischen Gesetzgebung und nach Schaffung der neuen Kreisordnung vorzugsweise darauf angewiesen sind, von dem Invalidenfonds Gebrauch zu machen. Ich kann nur wiederholt die Beibehaltung der Communalpapiere dringend befürworten, in Consequenz damit aber die Beschränkung der Communalanleihen in § 9 zu beseitigen.

Abg. Windthorst (Meppen): Wir haben in zweiter Lesung eine große Reihe principiell sehr wichtiger Abänderungen des Regierungsentwurfs beschlossen, ohne jede Kenntniß, wie denn die Bundesregierungen dazu stehen. Ich wünsche dringend, daß der Bundesrath uns heute seine Stellung zu den Amendements deutlich kund giebt. Was die Sache betrifft, so bin ich nach wiederholter Prüfung nur in der Ueberzeugung verstärkt worden, daß man einen Invalidenfonds, so wie er vorliegt, nicht machen soll, daß die Zustimmung des Reichstages zu diesem Invalidenfonds ein wirthschaftlicher und vor Allem auch ein großer politischer Fehler ist, der sich demnächst sicher schwer rächen wird. Hr. Miquel hält es für merkwürdig, daß wir aus Mißtrauen gegen unser eigenes Land auf auswärtige Papiere für den Fonds übergehen. Das ist allerdings merkwürdig, aber es ist eben die Folge des ganzen unrichtigen Beginnens. Wir würden leicht im Stande sein, die Gelder nützlich und vor Allem für den Zweck, zu dem sie bestimmt sind, zunächst zu Gunsten der Invaliden und nicht zu Gunsten der Geldspeculation anzulegen, wenn wir sie vertheilten an die Einzelstaaten, die die geeigneten Organe und Einrichtungen für ihre Verwendung haben. Durch die Ueberweisung so ungeheurer Geldmittel an die Reichsverwaltung mit der Befugniß, nach Gutdünken Communal-Anleihen zu decken, wird die Möglichkeit gegeben, bestimmend und maßgebend in die wirthschaftlichen Verhältnisse der Städte und Communen einzugreifen. Das ist die wirthschaftliche Seite, dazu kommt aber die politische. Mit einem so ungeheuren Geldbeutel in der Hand kann die Regierung auf alle creditbedürftigen Communen, auf Stadt- und Landgemeinden in politischen Fragen, bei Wahlen und

Abstimmungen einen Druck ausüben, der seine Wirkung nicht verfehlen wird. (Widerspruch links.)

Das ist eine ganze naturnothwendige Folge einer solchen Einrichtung. Herr Miquel hat eingewendet, es werden die kleineren Städte vorzugsweise creditbedürftig sein. Aber darin sehe ich gerade das Verderbliche. Die großen Städte wissen sich zu helfen mit ihren eigenen Mitteln; aber die kleineren Gemeinden werden geradezu gezwungen, alle, auch politische, Bedingungen zu erfüllen und sich der Regierung zur Verfügung zu stellen. Ich wiederhole, ich kann eine solche Anhäufung so großer Capitalien in den Händen der Reichsverwaltung niemals befürworten. Man sollte den Fonds überhaupt nicht machen, keinesfalls aber die Communen mit hineinziehen.

Abg. v. Kardorff: Ich sehe es nicht, wie der Abg. Windthorst, für ein so großes Unglück an, wenn das Reich wirklich einen so großen und mächtigen Einfluß nach allen Seiten hin ausübt. Ich wünsche gerade diesen Einfluß. Ich halte es für selbstverständlich, daß wir die Communen von den Wohlthaten dieses Fonds nicht ausschließen, möchte aber auch ein Wort einlegen für die landwirthschaftlichen Banken und habe ein diesbezügliches Amendement gestellt, das ich Sie bitte, anzunehmen. Das Land würde es nicht verstehen, wenn wir den Kreis der Papiere so eng ziehen, wie es nach den Beschlüssen der zweiten Lesung in § 9 geschehen ist.

Abg. Winter: Ich würde einer der ersten sein, der eine solche Anleihe aus dem Invalidenfonds für Danzig aufnehmen würde, das würde aber auf meine persönliche Haltung zur Regierung oder auf die politische Haltung meiner Mitbürger keinen Einfluß haben. Die Gefahr einer Beschränkung der wirthschaftlichen oder politischen Freiheit durch solche Anleihen halte ich für ungerechtfertigt. Die Oeffentlichkeit, welche die ganze Verwaltung beherrscht, gewährt hinreichenden Schutz dagegen. Ich sehe nicht ein, wie die Communen oder einzelne Bürger sich in ihrer politischen Haltung bei Wahlen und Abstimmungen sollten durch finanzielle Vortheile bewegen lassen, wenn die Regierung erklärt, sie sei bereit, ihnen eine Anleihe zu bewilligen. Diese Besorgnisse sind unzutreffend.

Präs. Delbrück: Es sind zu § 2 des Gesetzes verschiedene Amendements gestellt, dahin gehend, die Regierungsvorlage vollständig wiederherzustellen, ich kann mich nur wiederholt für alle diese Anträge dringend verwenden. Ganz besonders aber muß ich die Nothwendigkeit betonen, den Beschluß der zweiten Lesung in Bezug auf die Communalbehörden aufrecht zu erhalten. Es ist für Preußen und die anderen norddeutschen Staaten von dem höchsten Werth, durch die Zulassung von Communalpapieren an den Vortheilen Antheil zu nehmen, welche der Invalidenfonds gewährt. Ebenso wie auf Beibehaltung der Communalpapiere muß die Regierung Gewicht darauf darauf legen, die in zweiter Lesung beschlossene beschränkende Bestimmung in § 9 heute aufzuheben.

Abg. Stephani: Es ist von zwei Seiten dem Princip der Fondsbelegung widersprochen worden, weil nur die Einzelstaaten die Organe hätten, die Summen zweckmäßig zu verwenden. Wenn das Reich erklärte, daß es außer Stande wäre, ein Reichsbedürfniß, denn ein solches ist doch die Versorgung der Invaliden, zu befriedigen, so würde das in meinen Augen einem Abdanken des Reiches gleichkommen. Es würde das Ansehen des Reiches schwächen, welches wir zu stärken bestrebt sein müssen. — Es handelt sich hier auch nicht darum, den Kreisen und Communen zu Hilfe zu kommen; wir haben nur darauf zu sehen, wie der Fonds seinem Zweck entsprechend am besten angelegt wird. Die beste Art der Anlage scheint mir in Gemeindepapieren nicht zu liegen, denn dadurch wird die Verwaltung in ungemessener Weise erschwert, wir gerathen auf Abwege und verrücken den Zweck des Fonds.

Abg. Friedenthal: Wenn ähnliche Corporationen wie unsere landschaftlichen Genossenschaften in den östlichen Theilen Deutschlands, die den gesammten Großgrundbesitz umfassen, über das ganze Reich verbreitet wären, so würde ich kein Papier als gerade solche Pfandbriefe für geeigneter zur Anlage halten. Wenn der Vorredner gegen die Communalpapiere angeführt hat, daß es sich darum handele, den Communen eine Erleichterung zu verschaffen, so will ich nur bemerken, auch für uns ist der erste Gesichtspunkt der, das zu erreichen, was erreicht werden soll. Der Präsident des Reichskanzleramts hat aber gesagt, daß gerade die Möglichkeit, die Amortisationsbedingungen vorzuschreiben, dazu führt, einen vollkommenen Plan, entsprechend dem auf Wahrscheinlichkeitsrechnung beruhenden Plane der allmäligen Aufzehrung für die Ausgaben, auch für die Einnahmen vorzulegen. Dann handelt es sich ja auch nicht nur um einzelne Gemeinden und Kreise, sondern es wird sich hauptsächlich um Provinzen handeln. Diese enthalten Gute und Böse, Liberale und Nicht-Liberale; es wird also eine politische Rücksichtnahme gar nicht möglich sein. Es ist dabei auch zu bedenken, daß gar nicht die Regierung, sondern eine unabhängige Behörde den Fonds verwaltet. Die Gefahr, mit Rücksicht auf welche das Amendement Websky gestellt ist, ist also gar nicht vorhanden; ich bitte Sie also, dasselbe abzulehnen. Dann ist es doch auch eine für das Volk zu feine Unterscheidung, wenn man sagt, man wolle die Summen gern nützlich verwenden, aber mit Rücksicht auf politische Gefahren müsse man die nützliche Verwendung für Communen abschneiden.

Abg. Websky: Die Papiere der kleineren Communen werden sich wenig zur Anlage eignen. Den Provinzen wird es leicht werden sich die Zinsgarantie des Staates, dem sie angehören, zu erbitten, besonders da die Gelder zu Unternehmungen werden verwendet werden, welche sonst dem Staate zugefallen wären. Es wird zugleich besser sein, wenn die Provinzen sich unter Controle des Staates an den Fonds wenden, als wenn sie ihn übergehen und sich gleich an das Reich wenden.

Abg. Stephani berichtet noch über die Petition eines Rittergutsbesitzers Anders, der den ganzen Plan, den Invalidenfonds anzulegen, für verwerflich hält, weil er nach verschiedenen Richtungen hin eine zersplitterte Hilfe anbietet, die nur Unzufriedenheit hinterlassen kann. Der Petent hat einen besseren Plan, nämlich dem großen Grundbesitz, der durch die allgemeine Gesetzgebung am schwersten geschädigt ist, mit dem Fonds, und zwar in einer Höhe von 200 Millionen statt 187 Mill. Thlr. beizuspringen. Wer 50 Thlr. Grundsteuer zahlt, dem soll der 20fache Betrag des Reinertrags seines Grundbesitzes in Form unkündbarer 4proc. Hypotheken dargeliehen werden. Die Zinsen zahlt er an das nächste Rentamt und wenn es keinen Invaliden mehr giebt, so fließen sie in die Reichskasse, die alsdann keine Matrikularbeiträge mehr zu fordern braucht. Dieser Rettungsplan erregt viel Heiterkeit, worauf das Haus in die Specialdiscussion eintritt.

Der § 1, der den Zweck des Invalidenfonds in einer Höhe von 187 Millionen Thlr. gesetzlich feststellt, wird genehmigt. Desgleichen § 2, der die zur dauernden Anlage zuzulassenden Werthe bezeichnet: Schuldverschreibungen des Reiches oder eines Bundesstaates, oder von ihnen gesetzlich garantirte Schuldverschreibungen, Rentenbriefe der zur Vermittlung der Ablösung von Renten in Deutschland bestehenden Rentenbanken, endlich Schuldverschreibungen deutscher communaler Corporationen (Provinzen, Kreise, Gemeinden u. s. w.), welche einer regelmäßigen Amortisation unterliegen. Abg. v. Kardorff beantragt, die Prioritäten und Pfandbriefe in diese Liste wieder aufzunehmen, Abg. Richter dagegen die Communalpapiere zu streichen. Beide Anträge bleiben in der Minorität.

§ 3. Provisorium bis zum 1. Juli 1870, zugelassen sind Schuldverschreibungen anderer Staaten, Schatzanweisungen des Reiches oder eines Bundesstaates, Lombard-Darlehn, Wechsel auf Gold lautend und Prioritäten) wird unverändert genehmigt. Eine Anzahl redactioneller Veränderungen zu § 5, der von der Veräußerung der Schuldverschreibungen handelt, wird vom Abg. Grumbrecht beantragt, vom Präsidenten Delbrück willkommen geheißen und vom Hause genehmigt; dagegen Richter's Antrag, die Staatsbanken von der Vermittelung der Veräußerung auszuschließen, abgelehnt.

§ 9 setzt fest, daß falls der Betrag der im Laufe des Jahres fällig werdenden Schuldverschreibungen den im Etat vorgesehenen und zur Verwendung kommenden Betrag überschreite, der Ueberschuß zur Erwerbung neuer Schuldverschreibungen zu verwenden sei, unter diesen seien jedoch, wie in der zweiten Lesung durch das Amendement Websky bestimmt ist, die Communalpapiere auszuschließen.

Abg. Meyer (Thorn) beantragt diesen zu Ungunsten der Communal-Papiere gefaßten Passus zu entfernen, da der frühere Beschluß ungerecht sei und in Widerspruch zu § 2 stehe, dessen Bestimmungen er durch eine Hinterthür wieder beseitigen wolle.

Abg. Richter bemerkt im Interesse der Aufrechthaltung des Amendements Websky, daß man sehr wohl zur Zeit die Communalpapiere für belegungsfähig halten könne, ohne damit für spätere Zeit unter veränderten Umständen an ihrer Zweckmäßigkeit zur Erwerbung festzuhalten.

Der Antrag Meyer wird mit 128 gegen 115 Stimmen angenommen, § 9 also entsprechend geändert.

Nach § 10 unterliegt die Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds einer besonderen, von der allgemeinen Finanzverwaltung getrennten Behörde, welche der oberen Leitung des Reichskanzlers nur in gewissen Beziehungen unterworfen ist, während nach der Vorlage diese Behörde von der allgemeinen Finanzverwaltung nicht getrennt ist und überall unter der Leitung des Reichskanzlers stehen soll.

Präsident Delbrück weist auf die Unklarheit hin, welche in dem Verhältnisse des Reichskanzlers zu jener Behörde liege, eine Unklarheit, die ihre Rückwirkungen auf die Verantwortlichkeit des Kanzlers nicht verleugnen werde. Die Wiederherstellung der Regierungsvorlage läge im Interesse einer klaren Regelung der fraglichen Verhältnisse.

Nachdem Abg. Stephani indessen darauf aufmerksam gemacht, daß die Stellung des Reichskanzlers zu jener Verwaltungsbehörde durch die folgenden Paragraphen genügend aufgeklärt werde, wird § 11 in der Fassung der zweiten Lesung aufrechterhalten.

Die §§ 12—15 werden ohne Discussion und unverändert genehmigt. Eine Abstimmung über das ganze Gesetz wird in einer späteren Sitzung erfolgen.

Das Haus beschäftigt sich sodann mit der zweiten Jahres-Uebersicht über die Gesetzgebung sowie die Einrichtung und den Gang der Verwaltung in Elsaß-Lothringen für 1872—73.

Abg. Windthorst (Meppen): Der Bericht ist interessant durch das, was er mittheilt; interessanter durch das, was er verschweigt. Dankbar anzuerkennen ist die sorgfältige Pflege der materiellen Verhältnisse, die gute und zweckmäßige Einrichtung des Finanz- und Steuerwesens, die Organisation der Gerichte, die Regelung der communalen Einrichtungen. Alle diese Fortschritte beweisen, daß die Bevölkerung nicht murrend abseits steht, und das ist höchst erfreulich. Ich halte deshalb auch die Gerüchte, daß die Regierung die Dictatur zu verlängern beabsichtige, für unbegründet, wenngleich ich ein vollkommenes Vertrauen in Erinnerung an die Vorgänge des vergangenen Jahres nicht habe; auch der damalige Bericht war sehr glänzend. Eine Verlängerung der Dictaturperiode würde die öffentlichen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen vergiften; sie würde das Beamtenthum und die Bevölkerung vergiften. Die Beamten gewöhnen sich eben ans Dictiren und an Unverantwortlichkeit; die Klagen über die elsässischen Beamten sind ja zahlreich genug. Die Bevölkerung aber verliert jedes Gefühl der Rechtssicherheit und verkommt dadurch.

Zunächst sind mir zwei Stellen in der Vorlage aufgefallen. Auf Seite 19 heißt es: „Den kirchlichen und freien höheren Schulen hat bis jetzt nichts Wesentliches geschehen können". Große Heiterkeit die sich dadurch erklärt, daß durch einen Druckfehler hinter „Schulen" das Wort „gegenüber ausgefallen ist.) Ferner heißt es auf Seite 20: „Die Ausführung des Jesuitengesetzes ist auf keine Schwierigkeit gestoßen." Das erinnert an das Wort der französischen Minister: l'ordre règne à Varsovie. Man könnte eben so gut sagen: die Guillotine that ihr Werk ohne Störung und der Leichnam ist in der Anatomie. Ja, die Gesetzmäßigkeit der Brüder vom Orden Jesu hat jede Störung des öffentlichen Friedens verhindert, aber den Herzen der Bevölkerung sind schwere und tiefe Wunden geschlagen. Ich komme nun zu dem was nicht in dem Bericht steht. Weshalb werden den Gemeinden Schwierigkeiten in den Weg gelegt, wenn sie Schulbrüder und Schulschwestern anstellen wollen? (Große Heiterkeit) Finden Sie das lächerlich? (Rufe: Ja.) Nun, wie viel Interesse haben Sie an der Erziehung ihrer Kinder? Es steht ja in dem Bericht, daß im Elsaß ein großer Lehrermangel herrscht. Weshalb wird mehreren in Deutschland erscheinenden Blättern im Elsaß der Debit entzogen? Weshalb legt man dem Erscheinen neuer Journale soviel Hindernisse in den Weg? Wie will man es rechtfertigen, daß deutsche Staatsbürger ausgewiesen sind? Ich frage nicht weshalb, ich frage nur: wie konnte das geschehen gegenüber dem Freizügigkeitsgesetz? Diese bescheidene Frage hat die ganze Presse, hat selbst Onkel Spener gestellt (Heiterkeit). Weshalb ist Generalvikar Rapp ausgewiesen? (Aha!) Was soll diese Verwunderung? (Heiterkeit.)

Wenn es schon Ihre Heiterkeit erregt, nur den Namen eines hochgestellten katholischen Geistlichen zu hören, so spreche ich nur von dem Staatsbürger Rapp. Hatte er sich eines Vergehens, eines Verbrechens schuldig gemacht, so mußte man ihn vor die Gerichte stellen. Ihn durch eine einfache Maßregel der Verwaltung auszuweisen, ist eines Kulturstaates unwürdig. Ich habe mich in der officiösen Presse nach einem rechtfertigenden Grunde umgesehen und fand dort den Hinweis auf den § 10 der Verordnung, welche die Verwaltung im Elsaß regelt. Dieser Paragraph giebt bei einer dem öffentlichen Frieden drohenden Gefahr dem Oberpräsidenten alle Vollmachten eines kommandirenden Generals während der Verhängung des Belagerungszustandes. An dem Tage, an welchem die Reichsverfassung für Elsaß in Kraft tritt, muß es unsere erste Aufgabe sein, diese exorbitante Bestimmung aufzuheben. Sie ist unerhört; sie darf in einem civilisirten Staat nicht vorkommen. Aber auch sie rechtfertigt nicht die Ausweisung; es lag keine Gefahr für den öffentlichen Frieden vor und wenn Rapp strafällig war, so gehört er vor die Gerichte.

Fürst Bismarck: Wenn der Vorredner in Bezug auf die Dictatur und ihre Schrecken einige Gespenster heraufbeschworen hat, so glaube ich, daß er sie bereitwillig wieder entlassen wird, wenn er sich die gesetzliche Lage der Sache so klar gemacht hat, wie sie es den verbündeten Regierungen ist. Die Frage ist gesetzlich vollständig geregelt. Am 1. Januar 1874 hat die Dictatur, insoweit der Reichstag nicht etwas Anderes beschließt, ihr Ende; es ist bereits eine darauf bezügliche Vorlage ausgearbeitet und dem Gutachten des Oberpräsidenten von Elsaß-Lothringen unterbreitet worden. Sie selbst werden dann zu bestimmen haben, was an die Stelle der jetzigen Einrichtung zu treten hat und in welcher Weise der Reichstag seine Befugnisse ausüben will. Ich sehe einem solchen Zusammenarbeiten mit unsern elsässischen Landsleuten insoweit mit Hoffnung entgegen, als ich darin eine wesentliche Verbesserung der gegenseitigen Beziehung und des Einverständnisses, eine Klärung mancher noch unverstandener deutscher Verhältnisse erblicke und ein Mittel, den Bestrebungen der Partei, die einen engeren Anschluß nicht will, entgegenzuwirken. Die Rede des Vorredners war nicht darauf berechnet, den Landfrieden zu stören, und dem elsässischen Volke Mißtrauen gegen die deutsche Gesetzgebung einzuflößen; ich glaube, diese Absicht hat dem Herrn Vorredner gänzlich fern gelegen. (Heiterkeit.) Die Leute, die ihn weniger kennen, als ich, möchten ihn vielleicht verkennen, und glauben, daß seine Rede als Material zu Entstellungen benutzt werden könnte. Denn wenn die bestehenden Landesgesetze, die er allerdings Verordnungen genannt hat, als horrende Einrichtungen dargestellt werden, so ist das allerdings etwas, was nicht gerade zur vertrauensvollen Bewunderung für unsere Gesetzgebung auffordert. (Heiterkeit.) Wenn der Vorredner auf die Ausweisungen als Acte der Gewaltthätigkeit der Behörden hingewiesen hat, für welche ich verantwortlich bin, so kann ich eben nichts Anderes thun, als die bestehenden Gesetze so zu handhaben, wie die Sicherheit des Landes es erfordert.

Es hat bei mir den Eindruck gemacht, als ob der Vorredner den Art. 10 jenes Gesetzes bis zu dem Augenblick, wo er in der heutigen Debatte das Wort ergriff, noch nicht gekannt hätte. Dann ist es sein Fehler, wenn er ein Gesetz, welches 1½ Jahre im Verordnungsblatt gestanden, hier als ein novum repertum vorbringt. (Abg. Windthorst: O nein!) Nun ich muß es glauben. Dann hätte ich aber erwartet, daß der Anfang seiner Rede sich mehr gegen den Bundesrath, der das Gesetz gegeben, als gegen die Behörde, die es befolgt hat, gerichtet hätte. Ich will damit keine Verantwortung auf die Behörde abwälzen. Wir sind dafür verantwortlich, daß vor allen Dingen die Sicherheit des Landes gewahrt wird. Wenn der Vorredner uns nun wegen unserer Maßregeln angreift, so ist das ungefähr eben so, als wenn der Feind sagen will: „Schießen gilt nicht", es würde deshalb doch nicht damit angehalten werden. Die Aufgabe, die wir übernommen haben, die wir auszuführen haben, ist eine außerordentlich schwierige; wir können uns nicht verhehlen, daß die Bedingung eines befriedigenden verfassungsmäßigen Lebens, die freiwillige Mitwirkung in verfassungsmäßiger Thätigkeit des Volkes bei der Gesetzgebung, soweit es dazu berufen ist, in den neu erworbenen Landestheilen nur in einem Maße vorhanden ist, das man unterschätzen und überschätzen kann; aber jedenfalls ist die freudige Hingebung für die Gesammtzwecke, wie wir sie beispielsweise von dem Vorredner zweifellos voraussetzen, nicht vorhanden. (Heiterkeit.) Wir haben mit den Sympathien für eine 200jährige Vergangenheit, die den Einwohnern manches Vortheilhafte gebracht hat, und mit wirklich französischen Sympathien zu kämpfen; wir haben ein altes Unrecht zu sühnen. Nicht aus dem berechtigten Gefühl, ein altes Unrecht sühnen zu wollen, sondern in der bitteren Nothwendigkeit, uns gegen weitere Angriffe zu schützen, haben wir auf einer Landabtretung bestehen müssen, um ein Bollwerk zu haben, hinter dem wir weitere Angriffe erwarten können, wie sie bis jetzt jede Generation in Deutschland erlebt hat.

Ich glaube, daß es Niemand giebt, dessen Vorfahren nicht in der Lage gewesen wären, gegen Frankreich zu fechten. Diese Rücksicht auf die Sicherheit ist um so berechtigter, als Frankreich in der Regel immer noch einen Bundesgenossen gefunden hat und dadurch stärker geworden ist. Diese Aufgabe wird uns außerdem wesentlich erschwert durch die Einwirkung derjenigen Elemente, die ja auch auf anderen Gebieten, wo die Aufgabe der Regierung minder schwer ist, den Frieden verhindern, indem sie confessionelle Spaltungen hervorrufen. Es ist nichts Neues, wenn man die Waffen und Mittel schildert, mit denen diese Elemente einer Regierung, die nicht nach ihrem Herzen ist, einer akatholischen Regierung das Regieren erschwert und die Sympathien derselben entfremdet. Bei der großen bewundernswerthen Einheitlichkeit, die in den Evolutionen dieser Elemente herrscht, dürfen wir annehmen, daß in analogen Verhältnissen die Thätigkeit eine analoge sein wird. Ich glaube deshalb nicht abzuschweifen, wenn ich Ihnen ein Bruchstück eines diplomatischen Berichtes mittheile über Verhältnisse derselben Art. Ich vermeide sehr gern Persönlichkeiten und Jeder wird sich selbst denken können, wie dieselben Truppen von ihren bekannten oder unbekannten Führer in Deutschland geleitet werden können. Ich will die Rede des Herrn Vorredners nicht unter diese Kategorie stellen — denn der Gegenwärtige ist bekanntlich immer von allen Bezugnahmen ausgenommen. Der Bericht über die irländischen Verhältnisse enthält Folgendes: Wenngleich die Ultramontanen nicht geradezu den Aufruhr predigen, so ist ihr Verhalten doch verderblich für die Wohlfahrt des Landes. Die Leiter wissen sehr gut, daß eine offene Schilderhebung zu keinem offenen Resultate führen könnte, als zu einer vollständigen Niederlage der Aufständischen und ultramontanen Partei. Noch weniger als offener Aufruhr paßt ihnen eine Versöhnung und Beruhigung des Volks.

Die Organe der Ultramontanen schüren das Feuer, reizen zur Animosität gegen den protestantischern Theil der Bevölkerung" — das ist in Elsaß, noch mehr aber im diesseitigen Lothringen ebenfalls der Fall gewesen — „suchen die Achtung vor den Gesetzen und die Autorität der Obrigkeit zu untergraben", — der Vorredner hat jedenfalls ohne diesen Zweck seine Rede gehalten, nach seiner Ueberzeugung ist das Gesetz untauglich; er hat also einen anderen Zweck damit verfolgt — „indem sie zur christlichen Duldung ermahnen, befördern sie die Unzufriedenheit im Volke und suchen durch Entstellung der Thatsachen die alten Wunden offen zu halten. Unbekümmert um das Wohl des Volkes haben sie nur Roms Machtstellung im Auge und suchen sich der Regierung unentbehrlich zu machen." — Das ist nun bei uns allerdings nicht mehr der Fall (Heiterkeit), aber in früheren Stadien nicht ohne Erfolg benutzt worden. „Sie gewähren der Regierung Vortheile, die sie gegen Begünstigung der Kirche verkaufen; sie suchen das Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit zu erschüttern." Ich bin weit entfernt irgend Jemand persönlich anzugreifen; aber Sie können wohl glauben, daß ähnliche Mittel von denselben Kräften unter ähnlichen Umständen wohl in Bewegung gesetzt werden können, wo die einheitliche Leitung gesichert ist. Wenn wir aber solchen Mächten, solchen wirksamen und geschickten Kräften gegenüber zu kämpfen haben, und in einer schwierigen Lage sind, wo es gilt, altes Unrecht der Geschichte, alte Härten zwischen zwei Nationen auszugleichen — und diese Aufgabe ist eine so schwierige, daß, wenn nicht das militärische Interesse zwingend gewesen wäre, ich aus politischen Gründen mich der Uebernahme der Provinzen widersetzt hätte — wenn wir also in einer so schwierigen Lage sind, so kann man, selbst wenn in den von der Dictatur gewählten Mitteln irgend ein Irrthum oder eine verschiedene Auslegung der Rechte besteht, doch mit ihnen nicht zu scharf ins Gericht gehen.

Sollten die Beschwerden, die der Vorredner über Ungesetzlichkeit geltend gemacht hat, begründet sein, so könnten sie nur gegen den Gesetzgeber, also gegen Se. Majestät den Kaiser und den Bundesrath gehen, daß sie ein mit den Reichsgesetzen nicht verträgliches Gesetz erlassen hätten. Diese Frage zu discutiren halte ich mich nicht für berufen, wenn der Reichstag sich nicht die Ansichten des Vorredners vielleicht durch eine Resolution aneignet. Die Executivgewalt hat sich aber genau nach den Gesetzen zu verhalten, etwas weiteres kann von ihr nicht verlangt werden. Wenn der Vorredner einen Mangel darin gefunden hat, daß sie die Schulbrüder unter das Maß des Bedürfnisses beschränkt hat, das für die Aufrechterhaltung des Lehrbetriebes nothwendig ist, so hat sie dies in der Ueberzeugung gethan, daß die Wirkung der Schulbrüder noch schädlicher sei als der momentane Mangel in der Besetzung der Lehrerstellen (Sehr wahr!) und daß eine verderbliche, das Volk vergiftende Belehrung schlimmer sei als gar keine. Wenn die Behörde nach ihrer Ueberzeugung handelt, so kann sie im Irrthum sein. Ihre Aufgabe besteht darin, mit möglichst geringer Schädigung und unter aller Sicherstellung der Interessen des Reiches einen engen Anschluß des Elsaß an Deutschland zu gewinnen. Daß dies einige Unbequemlichkeiten mit sich bringt, ist selbstverständlich. Schon die Franzosen sagen: Pour faire une omelette, il faut casser les oeufs, und ein deutsches Sprichwort sagt: Wo Holz gehauen wird, fallen Späne; diese Späne werden aufgehoben, doch nur um einen Span zu haben. (Heiterkeit.) Auf einen Streit, der doch nur ein theoretischer sein kann, einzugehen, halte ich mich nicht für berechtigt, wenn nicht der Reichstag noch einen bestimmten Beschluß faßt. Zweifeln Sie an unserem Geschick, das Verwachsen des neu erworbenen Landes mit fremdartigen Verhältnissen zu begünstigen. Wir norddeutsche und preußische Beamte haben ja nur wenig Geschick, uns Freunde zu gewinnen und unangenehme Sachen in liebenswürdiger Weise zu behandeln. Zweifeln Sie an unserem Geschick, aber an unserem redlichen Willen, unserem Muth, unserer Hingebung und Entschlossenheit, allen Angriffen zu widerstehen, zweifeln Sie nicht! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Sonnemann: Es handelt sich hier um die Interessen einer mundtodt gemachten Bevölkerung. Wie die Dictatur ausgeübt werden sollte, das sehen Sie aus dem Programme, welches der Herr Reichskanzler in seinen Reden bei Gelegenheit unserer Verhandlung über die Einverleibung Elsaß-Lothringens aufgestellt hat. Da wurde gesagt, daß die Elsässer das Franzosenthum um so rascher abstreifen würden, je mehr sie sich speciell als Elsässer fühlen lernten. So machte er sich zum Anwalt des elsässischen Provinzialgefühls. Es hieß, die deutsche Regierung werde so schonend vorgehen, daß die Elsässer sich wie eine Republik vorkommen sollten, die sich selbst regiert. Ich habe bei einem längeren Aufenthalt im Elsaß gefunden, daß die Regierung über die in diesem Programme aufgestellten Ziele weit hinaus geschossen hat, und daß, wenn die Leute auch Ruhestörungen oder Versuche, sich von dem harten Schicksal, das sie betroffen hat (Unruhe), loszureißen, unternommen haben, die Stimmung für Deutschland viel weniger günstig ist, als vor 2 Jahren. Diese Unzufriedenheit rührt her von dem allzuraschen und zu weitgreifenden Vorgehen der Regierung in den verschiedensten Beziehungen. Gegen die französische Sprache wird ein förmlicher Vernichtungskrieg geführt. Nach den Briefen eines hochansehnlichen Schulmannes wird der Lehrplan der Straßburger Communalschulen derartig verstümmelt, daß sie Dorfschulen ähnlich werden, und ebenso versucht man in die Privatanstalten einzugreifen. Nach dem Gesetz soll die eine Hälfte der Lehrgegenstände in deutscher, die andere in französischer Sprache behandelt werden, und das wird so ausgeführt, daß z. B. für Geschichte und Geographie die deutsche, für Schönschreiben und Zeichnen die französische Sprache gewählt wird (Gelächter; Ruf: „Sie wünschen es wohl umgekehrt!").

Mit solchen Gewaltmaßregeln werden Sie die Elsässer nicht zu Deutschen machen (Ruf: „Es sind ja Deutsche!"). Man hätte die französischen Straßennamen wohl noch schonen mögen, zumal sich oft nicht Leute finden, welche die neuen Schilder richtig deutsch beschreiben können. Man hätte die Weinsteuer nicht von 96 Centimes auf 3 Francs 75 Centimes erhöhen sollen, man hätte nicht mit der Maßregelung von Advokaten, mit der Ernennung von Handelsrichtern in althergebrachte Rechte eingreifen sollen. Und wie viel böses Blut machen die beschleunigten Rekrutenaushebungen! Der beste Theil der jugendlichen Bevölkerung wird dadurch aus dem Lande gedrängt. Ich erinnere an die Härten bei der Option. Ueber den Fall der Absetzung des Bürgermeisters Lauth will ich nur so viel sagen, daß das Auftreten des äußerst gemäßigten Mannes ein Symptom für die allgemeine Stimmung ist. (Widerspruch.) Nicht einmal Louis XIV. hat, wie wir es dieser Tage erlebt haben, die Gemeinderäthe abgesetzt (Großer Lärm, Rufe: „pfui"!). Die Klagen aus Metz sind fast unerhört; schon hat sich die Bevölkerung von 50,000 auf 33,000 Seelen vermindert, und doch werden die Steuern nicht herabgesetzt, die Polizeiübergriffe gehen so weit, daß 17 Leute, die sich zu einem Gastmahl versammelt hatten, dafür in erster Instanz mit 5, in zweiter mit 100 Thlr. Geldstrafe belegt wurden. Mit der Aufhebung der Dictatur allein werden Sie die Leute nicht versöhnen, werden Sie ihnen gerecht, indem Sie ihnen eine Landesvertretung gestatten und jede Beschränkung der Generalräthe unterlassen. Auf dem betretenen Wege der Gewalt werden Sie Ihr Ziel nie erreichen (Großer Lärm und Zischen).

Abg. Dr. Bamberger: Der Vorredner ist ein Bewunderer der französischen Nation, nun auch ich bin kein Verächter derselben, ich kenne sie genau und weiß, daß kein Franzose zwischen Lille und Marseille es wagen würde, so vor einer Versammlung seiner Landsleute zu reden, wie Herr Sonnemann es gethan hat. (Beifall.) Und sollte sich ein solches Unikum finden, so würde die Versammlung ihn nicht ertragen. (Stürmischer Beifall.) Allerdings sehnt sich die Majorität der Elsässer noch nach Frankreich zurück und Herr Sonnemann scheint der Vertrauensmann dieser Majorität zu sein, denn wie könnte er sonst, was man vielleicht aus dem Munde Edmond Abouts nicht befremdlich finden würde, von der Germanisirung des Elsaß sprechen? (Großer Beifall.) Ich habe gefunden, daß die „Blaue Wolkengasse" in Straßburg immer noch mehr bekannt ist als die „rue des nuées bleues" (Heiterkeit und Beifall). Wohl habe ich nie geglaubt, daß die Aufgabe der Reichsregierung in den neuen Reichslanden eine leichte ist, aber gerade darum sollte man ihre etwaigen Fehler mit doppelter Milde beurtheilen. Einzelne residua aus dem Kriegszustande her, wie die Fortexistenz der Kriegsgerichte, die allerdings nicht mehr zu Recht bestehen, wird sie gewiß auf unsere Mahnung, wie ich hoffe beseitigen. Und die Elsässer werden sich leicht darüber trösten, wenn sie nach Frankreich blicken, wo noch die Hälfte der Departements im Belagerungszustande ist; bei der gambettistischen Gesinnung vieler Elsässer wären sie auch unter französischer Herrschaft noch nicht davon befreit.

Unsere Beamten behandeln die Leute mit einer Liebenswürdigkeit wie wir sie bei uns bisweilen vermissen. Hätten wir das Militärgesetz später ausgeführt, so wäre die natürliche Mißstimmung darüber nur vertagt worden. Ueber die Auswanderungen müssen wir uns trösten. Als Jemand

dem alten Lorenzo Medici sagte, wenn er mit seinen Verbannungen fortführe, würde er noch die Stadt entvölkern, antwortete er: „Lieber sie entvölkern als sie verlieren." Lorenzo Medici war kein dummer Mann, und der Reichskanzler ist es auch nicht. Aber die Sache ist nicht einmal so schlimm. Bei dem Verstande der Elsässer, bei dem Hinblick auf die französischen Zustände wird sich ihre Stimmung für Deutschland nicht verschlechtern; wenn sie uns hier auch in manchen Dingen Oppositien machen werden, von der Unmöglichkeit des Rückfalls ihrer Provinz an Frankreich sind sie überzeugt. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Fürst Bismarck: Ich will die Aufmerksamkeit des Hauses nur auf einige Minuten in Anspruch nehmen, um zu constatiren, daß die von dem Vorredner gewünschte Beschränkung der Competenz des Kriegsgerichts bereits in der Vorbereitung begriffen ist. Die Anträge der Verwaltungs-Behörden befinden sich bereits auf dem Wege der Legislative zunächst dahin gehend, daß alle nicht direct politischen Verbrechen und Vergehen der Competenz der Kriegsgerichte entzogen werden sollen. Ob und in wie weit diese Beschränkung aufrecht erhalten werden soll, darüber wird der Reichstag ja in Lage sein, sich bei der vorher von mir in Aussicht gestellten Vorlage aussprechen zu können.

Hierauf vertagt sich das Haus um 5 Uhr auf morgen Sonnabend 12 Uhr. Tagesordnung: Abstimmung über das Gesetz betreffend den Invalidenfonds, Fortsetzung der heut abgebrochenen letzten Verhandlung, Antrag Elben über das Reichseisenbahnamt und Antrag Tellkampf und von Unruhe betreffend das Gesetz über das Bankwesen.

Berlin, 16. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Königlich belgischen Oberst-Lieutenant Kessels, Commandeur des zweiten Lancier-Regiments, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Geheimen Commerzien-Rath F. A. Lühdorf zu Hamburg den Rothen Adler-Orden vierter Klasse und dem französischen Schiffs-Capitän René Cabon zu Loquirec den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem wirklichen Forstmeister bei der Hofkammer der Königlichen Familiengüter v. Spankeren den Charakter als Ober-Forstmeister und dem bei derselben als Forst-Inspections-Beamten angestellten bisherigen Oberförster zu Bischdorf v. Sierakowski den Charakter als Forstmeister, sowie dem Vergoldermeister Julius Noack zu Berlin das Prädicat eines Königlichen Hof-Vergolders verliehen; und den Kreis-Gerichts-Director Reich zu Freistadt in Schlesien als Director an das hiesige Stadtgericht versetzt.

Berlin, 16. Mai. [Se. Maj. der Kaiser und König] empfingen heute im Laufe des Tages Se. Königl. Hoheit den Prinzen Adalbert und hörten die Vorträge der Generale von Kameke und Albedyll, sowie des Ministers Grafen zu Eulenburg. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 16. Mai. [Der preußische Landtag. — Abreise des Cultusministers. — Die Markthallen-Angelegenheit.] Die nächste Sitzung und Tagesordnung des Abgeordnetenhauses ist noch unbestimmt. Das Herrenhaus hat aber auf Montag oder Dinstag der nächsten Woche noch eine Sitzung anberaumt. Hieraus geht hervor, daß das Herrenhaus sich schon darauf gefaßt gemacht hat, noch in der nächsten Woche zusammen zu sein; und da das Abgeordnetenhaus noch nicht einmal eine Sitzung anberaumt hat so scheint Herr von Forckenbeck seine Auffassung, dasselbe werde in der nächsten Woche nicht mehr beschlußfähig sein, aufgegeben zu haben. Jedenfalls ist es der Wunsch der Regierung, daß die Sprachgesetze noch durchberathen resp. angenommen werden, und so wird wohl die nächste Woche noch darauf verwendet werden. Am Schluß der Session tritt aber immer deutlicher hervor, daß die Parteien durchweg in ein vertrauenvolleres Verhältniß zu der Regierung gekommen sind, es ist aber ungenau zu sagen, daß die Regierung in das liberale Fahrwasser eingelenkt habe, denn auch in der liberalen Partei ist eine Wandlung vorgegangen; sie ist für conservative Anschauungen und namentlich für eine entschieden monarchische Gesinnung fähig geworden. So äußerte sich die „National-Ztg." schon gestern, daß man nicht mehr daran denken könne, eine Opposition quand même zu machen, da weder in den Personen, welche die Regierung vertreten, noch in ihrem System dazu irgend Veranlassung vorliege. Namentlich bei den Debatten über die Eisenbahnanleihe hat sich diese vertrauensvolle Richtung klar gezeigt, sie hat sich von allen Seiten der Regierung zugewandt, und eine Opposition, wie sie z. B. der Abgeordnete Eugen Richter betreibt, isolirt ihren Vertreter nach allen Seiten. — Der Cultus-Minister ist heute Morgen nach Kassel abgereist. — In Bezug auf die lange ventilirte Markthallen-Angelegenheit ist jetzt auf Grund der Entscheidung des Staatsministeriums die Verfügung der Ressortminister ergangen und zwar dahin, daß die polizeiliche Genehmigung zu dem Project nicht zu geben sei, weil nur, wenn die Hallen von der Stadt errichtet würden sich ein Zwang zu ihrer Benützung durch Schließung der offenen Märkte rechtfertigen ließe, denn nur dann sei eine Garantie dafür vorhanden, daß nur das Gemeinwohl zur alleinigen Richtschnur des Handelns genommen werde; dann auch würden die hervortretenden Uebelstände schnell und leicht abgestellt werden und namentlich das Marktstandsgeld ohne Rücksicht auf die Herstellungskosten so normirt werden können, daß es die Lebensmittel nicht vertheure. Eine Privatgesellschaft aber, die daraus eine Erwerbsquelle mache, dürfe, im öffentlichen Interesse, nicht auf Jahrzehnte hinaus autorisirt werden, die offenen Märkte zu schließen und einen den jetzigen niedrigen Tarif weit übersteigenden zu fixiren, der erst dann ermäßigt werden dürfe, wenn die Dividende 3 Jahre hintereinander mindestens 10 pCt. betrage; daß die Stadt zuerst nach 30 Jahren und dann von 10 zu 10 Jahren die Markthallen verkaufen dürfe, vermindere obige Uebelstände nur wenig.

[Der Schluß der Landtags-Session] wird voraussichtlich in der nächsten Woche erfolgen können. Wie die „Kreuzzeitung" vernimmt, hat Se. Maj. der Kaiser und König sich vorbehalten, den Landtag in feierlicher Weise im Weißen Saale des Königl. Schlosses zu schließen.

[Schlesische Volkszeitung.] Die „Germania" meldet heute in ihrem Redactions-Briefkasten: Nach Trier: Unseres Wissens geht der Redacteur der „Saar-Zeitung", Dr. Helle mit dem 1. Juni als zweiter Redacteur an die „Schles. Volksztg."

[Kusa †.] Nach telegraphischer Meldung ist am 15. d. Morgens der ehedem regierende Fürst von Rumänien, Kusa, in Heidelberg, wo er seit einigen Tagen weilte, um seine zwei Söhne in Erziehung zu geben, an Bronchitis gestorben.

Köln, 16. Mai. [General Frankenberg †.] Heute Morgen 3 Uhr verschied hier der Gouverneur General-Lieutenant v. Frankenberg.

Leipzig, 14. Mai. [Das gestern hier unter allgemeiner Theilnahme gefeierte fünfundzwanzigjährige Amtsjubiläum des Bürgermeisters Dr. Koch] hatte schon im Voraus das Mißfallen der „Dresd. Nachr.", des Leiborgans des Herrn von Zehmen und seiner Partei, erregt. Dieselben verkündeten, dasselbe werde zu einer national-liberalen Demonstration verwerthet werden. Das ist nun zwar insofern nicht geschehen, als z. B. an dem Festmahl für Koch auch der Kreisdirector von Burgsdorff, der Geheime Regierungsrath von Witzleben, königlicher Commissar bei der „Leipziger Zeitung", und noch manche andere Persönlichkeiten sich betheiligt haben, denen man nicht nachsagen kann, daß die grün-weiße Blüthe ihres sächsischen Patriotismus vom National-Liberalismus angekränkelt sei. Herr von Burgsdorff hat sogar eine sehr warme Lobrede auf Koch gehalten. Aber jene Partei hat nun einmal einen unauslöschlichen Haß auf Leipzig und alles was in Leipzig vorgeht, geworfen, weil hier ja allerdings ein freier und ein deutscher Geist weht, den auch das lange particularistisch-reactionäre Beust'sche Regiment zwar wohl eine Zeit lang etwas dämpfen, aber doch nicht so sehr ersticken konnte, daß er nicht nach Hinwegnahme jenes Druckes wieder allmälig hervorgetreten wäre und jetzt in voller Blüthe steht. Auch ist Koch persönlich den Männern der „Dresdener Nachrichten" verhaßt wegen seines freimüthigen Auftretens in der zweiten Kammer bei mehreren Gelegenheiten, so noch beim letzten Landtage in der Schulfrage und bei der Gemeindegesetzgebung. Auch höheren Orts ist er ebendeshalb schwerlich persona grata. Doch hat man wohl nicht umhin zu können geglaubt, die Verdienste Koch's um das städtische Wesen Leipzigs, die so unleugbar sind und von allen Seiten anerkannt werden, auf dem nicht ungewöhnlichen Wege einer Decoration gleichfalls zu belohnen; man hat dem Bürgermeister Koch, der schon Besitzer des Civilordens war, das Comthurkreuz zweiter Klasse dieses Ordens verliehen. (N. Z.)

München, 12. Mai. [Zur Reichsgesetzgebung] schreibt man der „K. Z." von hier: Der eigenthümliche Standpunkt, welchen die bairische Staatsregierung in Bezug auf die Entscheidung über die Competenzerweiterung der Reichsgesetzgebung auf das gesammte bürgerliche Recht eingenommen haben soll, indem sie sich vorbehielt, den bairischen Landtag über den Vorschlag zu hören, erregt, je mehr man darüber nachdenkt, desto mehr Bedenken. Er würde ohne Inconsequenz auch nicht bei der Frage der Civilehe als Reichs-Rechtsinstitution verlassen werden können. Man sieht daraus, daß jener Ausweg, wenn er wirklich beabsichtigt sein sollte, nur neue Schwierigkeiten schafft, und daß es besser sein würde, mit einem resoluten Ja oder Nein und der Verantwortlichkeit für den selbstständigen Schritt die allgemeine Zuständigkeitsfrage zu erledigen. Wie dringend nothwendig gerade für Baiern die Verallgemeinerung des in der Pfalz geltenden Civileherechts ist, haben die durch die altkatholische Bewegung entstandenen schreienden Unzuträglichkeiten des gegenwärtigen Rechtszustandes genugsam gezeigt. Die Ernennung des Professors Berchtold dahier für die ordentliche Professur des Kirchenrechts beweist wenigstens so viel, daß bei entsprechender Tüchtigkeit die Eigenschaft als eifriger Altkatholik kein Hinderniß der Beförderung ist, und der Zufall hat gewollt, daß im Laufe des letzten halben Jahres eine Anzahl von Männern im Richter- und Verwaltungsstande befördert worden ist, welche da und dort an der Spitze der altkatholischen Sache stehen. Uebrigens kann man auch daraus entnehmen, wie stark im gebildeten katholischen Laienstande die Abwendung von der modernen Romanisirung des katholischen Kirchenwesens ist.

Oesterreich.

Wien, 16. Mai. [Die Abreise des Kronprinzen] des deutschen Reichs und von Preußen, der Frau Kronprinzessin und des Prinzen Friedrich Wilhelm nach Venedig erfolgt am 19. d. Mts. — Der Ankunft des Königs von Belgien wird in der Zeit vom 21. bis 23. d. Mts. entgegengesehen.

Großbritannien.

A. A. C. **London**, 13. Mai. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] lenkte Lord Stratheden die Aufmerksamkeit auf Sir Bartle Frere's Mission nach Zanzibar und deren Fehlschlagen, und stellte den Antrag auf Vorlegung von Copien der zwischen der britischen und französischen Regierung bezüglich dieser Mission gepflogenen Correspondenz, der Sir Bartle Frere ertheilten Instructionen und seine späteren Depeschen. Lord Granville bemerkte, daß Sir Bartle Frere, obwohl seine Mission in Zanzibar gescheitert sei, in seinen Unterhandlungen mit anderen Häuptlingen von der Westküste Afrika's erfolgreich gewesen sei und werthvolle Information mit Bezug auf den Sclavenhandel gesammelt habe. Es seien ihm weitere Instructionen übersandt worden, und da andere folgen würden, wäre es bequemer, den Antrag zu vertagen, bis der gesammte Schriftwechsel über den Gegenstand dem Hause vorliege. Lord Stratheden zog hierauf seinen Antrag zurück. Das Oberhaus wird sich am 27. d. M. für die Pfingstfeiertage bis zum 9. Juni vertagen.

[Das Unterhaus] beschäftigte sich in seiner gestrigen Nachtsitzung mit den Etats für den Civildienst. Im Laufe der Erörterung beanstandete Dittwyn (liberales Mitgl. für Swansea), den Gehalt des Geheimsiegelbewahrers aus dem Grunde, daß die Mitglieder des Cabinets Departements-Chefs sein sollten, und daß das Geheimsiegelbewahrer-Amt eine Sinecure sei. Er beantragte die Streichung dieses Gehaltspostens aus den Etats. Gladstone bekämpfte den Antrag. Er räumte ein, daß der britischen Constitution durch die Abschaffung des Geheimsiegelbewahrer-Amtes kein Abbruch geschehen würde, wies aber darauf hin, daß, obwohl die Pflichten dieses hohen Würdenträgers solcher Art seien, daß man sie leicht entbehren könnte, es dennoch wünschenswerth sei, daß die Regierung den Rath und Beistand eines Collegen ohne die Verantwortlichkeiten eines Ressorts genieße. Der Premier versicherte gleichzeitig dem Hause, daß der Geheimsiegelbewahrer, obwohl er kein Departement besitze, dem Parlament und Lande ebenso verantwortlich wie irgend einer seiner Collegen im Cabinet sei. Der Antrag fiel hierauf mit 229 gegen 59 Stimmen zu Boden. Das Votum für das British-Museum wurde bewilligt, nachdem Walpole erklärt hatte, daß der Mehrbetrag des Votums durch Ankäufe egyptischer Alterthümer und römischer Münzen, sowie durch die Ausgrabungen in Ephesus entstanden sei. Das Votum für den Consulardienst bekämpfte Rylands und beantragte dessen Herabsetzung um die Summe von 5000 Lstr. Rylands beschwerte sich über den Unterhalt kostspieliger Consulate in einigen der kleineren continentalen Staaten und führte als Beispiel die Schweiz an, bei der England einen bevollmächtigten Minister mit einem Jahresgehalt von 2500 Lstr. und einem Personal unterhalte, während sich die Republik damit begnüge, nach London einen Consul zu senden der nur ein Jahresgehalt von 1000 Lstr. beziehe. Der Antrag fiel indeß zu Boden. Mr. Stansfeld, der Präsident des Localregierungs-Departements, beantragte zunächst die Niedersetzung des in seiner jüngsten Rede bei der Einbringung der drei Vorlagen zur Modification der auf die Localbesteuerung bezüglichen Gesetze erwähnten parlamentarischen Sonderausschusses zur Untersuchung der Zwischenfälle der Localbesteuerung. Nach längerer Discussion über das Thema wurde dem Antrage stattgegeben.

Auf Befragen Hope's theilte Gladstone mit, daß sich das Haus am 27. Mai, dem Tage vor dem Derby-Rennen, bis zum 5. Juni für die Pfingstfeiertage vertagen werde.

[John Bright.] In Birmingham wurde eine Conferenz Delegirter von verschiedenen republikanischen Vereinen eröffnet. Etwa 70 Delegirte aus 50 verschiedenen englischen Städten waren zugegen und der Vorsitzende erklärte als den Zweck der Versammlung die Begründung eines nationalen republikanischen Vereins und das Aufstellen eines politischen Programms. Nachdem auf Antrag Bradlaughs das Andenken J. S. Mills durch eine Resolution geehrt worden war, wurde folgender Brief John Brights, der eingeladen war, der Conferenz beizuwohnen, vorgelesen, den wir als charakteristisch für der Stellung Brights im politischen Leben hier vollständig mittheilen:

„Ich danke Ihnen für die Einladung zu der vorgeschlagenen Conferenz, obgleich ich nicht zugegen sein kann. Sie verlangen ein Wort der Ermuthigung, das ich kaum geben kann. Der Besitz des besten Systems einer staatlichen Verwaltung ist des Strebens werth, aber es mag auch eine weise Politik sein, zu versuchen, die Staatsregierung, welche wir haben, zu vervollkommnen und nicht große Umwälzungen zu erhoffen, die nothwendig ungeheure Gefahren involviren. Es ist leichter, den Sturz einer Monarchie herbeizuführen, als dem, was an deren Stelle kommen soll, ein gesundes Wachsthum zu geben, und ich befürchte, daß der Preis, den wir für eine Umwälzung zu zahlen haben würden, größer sein dürfte, als diese werth ist. Unsere Vorfahren hatten, nach dem durch die Dummheit und die Verbrechen eines Monarchen herbeigeführten Umsturz der Monarchie fast ein ganzes Jahrhundert keine geordnete und feste Regierung. Frankreich hat nunmehr beinahe 100 Jahre viel Unglück und Schmach erdulden müssen, weil es die alte Regierungsform umstieß und nicht im Stande war, eine sichere, neue zu finden, welche die Erbschaft hätte übernehmen können. Spanien befindet sich gegenwärtig in derselben schwierigen Lage, und wir bewachen das Experiment mit Interesse und Besorgniß. In den letzten 40 Jahren haben wir in diesem Lande eine Reihe von Verbesserungen in unseren Gesetzen und in unserer Staatsverwaltung durchgemacht, die mit denen in anderen Ländern jeden Vergleich aushalten, wenn sie denselben nicht übertreffen. Dies giebt uns Hoffnung und Vertrauen, daß wir unsere Staatsverwaltung so gut machen können, daß die Verständigen im Volke sie unterstützen, respectiren und lieben müssen, und alles dies ohne die Stürme auf uns heraufzubeschwören, welche meiner Ansicht nach von dem Umsturz einer alten Monarchie unzertrennbar sind. Ich habe keine Sympathie für Ihre Bestrebungen. Ich ziehe es vor, Gutes zu wirken auf dem Wege politischer Reform durch eine Methode, die ich für weiser und weniger unsicher, wenn auch nicht so großartig erachte und die Erfahrungen der Vergangenheit dürfen uns mit Hoffnung und Vertrauen für die Zukunft erfüllen. Ihr zc. John Bright."

In einer längeren Ansprache warnte Bradlaugh hierauf die Versammelten vor Geheimthuerei, die doch gebrochen werde und zu Processen führe. Auch gegen die Anwendung von Gewalt zur Erreichung ihrer Zwecke warnt er und äußert sich selbst gegen Demonstrationen und den Gebrauch von Flaggen u. s. w. An den Wahltischen und im Parlamente müßte der Kampf ausgekämpft werden. Nur eine schmale Linie trenne sie von dem Wege des Verraths und daher müssen sie besonders vorsichtig sein. Wenn sie es versuchten, durch Gewalt oder geheime Verschwörung die Regierung zu stürzen, so könnten sie verklagt werden. Niemand aber könne ihnen etwas anhaben, wenn sie es auf angedeutetem Wege thun. Es wurde hierauf eine Vereinigung begründet unter dem Namen einer „National-Republikanischen Liga", deren Zwecke durch rein gesetzliche und moralische Mittel erreicht werden sollen.

Provinzial-Zeitung.

** **Breslau**, 17. Mai. [Der Herr Pfarrer Kaminski] ist soeben von einer Reise nach Berlin zurückgekehrt, wo er eine Audienz bei dem Herrn Cultusminister erlangt hatte. Der Herr Cultusminister erwies sich sehr zuvorkommend gegen denselben und nahm die Nachricht, daß in Oberschlesien eine konfessionslose Waisenanstalt für verwaiste Arbeiter-Kinder errichtet werden solle, mit sichtlicher Freude auf. Es soll sich bereits eine Zahl der angesehensten Großgrundbesitzer für dieses höchst gemeinnützige Unternehmen interessiren.

[Notizen aus der Provinz.] * Görlitz. Für den Rittergutsbesitzer v. Mitschke-Collande auf Girbigsdorf war auf dem hiesigen Bahnhofe eine Heerde Zuchtschafe angekommen und von dem damit beauftragten Schäfer übernommen worden. Derselbe trieb die Schafe nach Girbigsdorf. Bei dem Uebergange der Chaussee über die Eisenbahn kam gerade der abgehende Berliner Courierzug dahergebraust; die Schafe wurden wild, liefen blindlings auf dem Eisenbahndamm davon und wurden hier zum großen Theil von dem Zuge erfaßt und überfahren. Dem Vernehmen nach beträgt der dadurch angerichtete Schaden an tausend Thaler, obwohl sogleich Gelegenheit zur Verwerthung des Fleisches der getödteten und verletzten Schafe sich darbot.

+ Rothwasser. Von hier wird der „Nied. Z." berichtet: Im Anfang der 50er Jahre wurde das neue Schulhaus gebaut; am nordwestlichen Ende wurde ein bedeutendes Stück angesetzt und das ganze Haus mit einem oberen Stockwerke versehen, wodurch drei große Schulstuben und die nöthigen Räume für die Lehrer gewonnen wurden. Da stand nun endlich das Haus, in welchem täglich 470 Kinder unterrichtet werden von 2 Lehrern und zwar wird seit dem October 1872 der Unterricht in 6 Klassen von 2 Lehrern ertheilt.

* Glatz. Die „N. Geb.-Ztg." berichtet: Der vorige Woche aus dem Gefängniß zu Neurode entsprungene Raubmörder Joseph Opitz ist wieder eingefangen und an das hiesige Kreisgerichts-Gefängniß abgeliefert worden. Nach seiner Entweichung hatte sich Opitz bald hinter der Stadt Neurode an der Kreuzkirche seiner Ketten entledigt und dieselben in den dortigen Busch geworfen, wo sie auch nach seiner Angabe aufgefunden worden sind. Darauf hat er sich nach Kunzendorf begeben zur Besitzung seines Bruders und hat dort auf dem Heuboden die Nächte bis Sonntag Morgen zugebracht, wahrscheinlich auch den Tag über sich dort verborgen gehalten. Als sich Sonntag sein Bruder zur Kirche begeben hatte, ist er hinabgestiegen, hat sich einen vollständigen Anzug und 7 Thlr. baares Geld angeeignet und ist dann unter Zurücklassung seiner Gefängnißjacke nach Köpprich zu gegangen, wenigstens glaubten ihn verschiedene Personen gesehen zu haben. Auch die nächste Zeit hat sich Opitz noch in der Gegend aufgehalten, sei es aus übergroßer Frechheit oder in der Meinung, daß man ihn in der Nähe am wenigsten vermuthe oder suchen würde; er hatte sich auch, um sein Aussehen zu verändern, den Schnurrbart abgenommen. Mittwoch war Opitz auf dem Wege von Albendorf nach Wünschelburg, um, wie er später aussagte, sich nach Oesterreich zu begeben, als ihm zufällig der Auctionscommissarius Kleiner aus Neurode, der mit noch einem Begleiter von Wünschelburg her gefahren kam, begegnet und ihn erkennt. Kleiner und sein Begleiter springen sofort vom Wagen, ergreifen und überwältigen den Opitz und bringen ihn nach Albendorf. In der „Brückelschänke" wird er gebunden und nach Neurode transportirt. Bei seiner alsbald erfolgten Vernehmung hat Opitz auch dem Untersuchungsrichter eingestanden, daß er den ihm zur Last gelegten Mord an dem Butterhändler Hübner wirklich begangen habe. Hierauf ist seine Einlieferung nach Glatz erfolgt. — Am 15. Mai hat die landespolizeiliche Abnahme der Bahnstrecke von Gallenau-Wartha stattgefunden und ist die Eröffnung der ganzen Tour von Wartha bis Breslau für den Personen- und Frachtverkehr bestimmt zum 1. Juni zu erwarten.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 16. 17.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	331''',73	331''',10	330''',87
Luftwärme	+ 6°,4	+ 3°,5	+ 1°,5
Dunstdruck	1''',75	1''',96	1''',98
Dunstsättigung	50 pCt.	72 pCt.	87 pCt.
Wind	NW. 2	NW. 1	NW. 1
Wetter	wolkig.	heiter.	heiter, Reif.

Wärme der Oder ... 7 Uhr Morgens + 6°,6.

Breslau, 17. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 5 Z. U.-P. 2 F. 3 Z.

X. **Breslau**, 17. Mai. [Schifffahrtsnachrichten.] Das Wasser der Oder ist im anhaltenden Fallen. Das Verladungsgeschäft bleibt schwach. Im Unterwasser sind angekommen: Hornig, Kochalle, Matzke, Ulbrich, Seirel, Nitke, Mikausch, Schmigalle, Bermuske, Klante, August Scholz, Häusler, Gottlieb Keil, und Hahnwald, sämmtlich mit Gütern von Stettin; Wiesner und Herrmann mit Kohlentheer von Berlin; Samuel Bermuske mit Cement, Gottlieb Scholz mit Gußröhren und Stanowski mit Schwefelsäure von Stettin; Altmann, Stabrei und Wilhelm Müller mit Gütern von Berlin; Wilhelm und August Grundmann mit Dachpappe von Berlin; Friedrich Scholz mit Ziegeln von Reichwald; Daniel Schreiber und Wurzel mit Ziegeln von Steinau; Walter mit Gütern von Stettin.

Berlin, 16. Mai. Der Druck der letzten Tage zeigte sich heute etwas leichter, doch dürfte es gewagt erscheinen, aus dieser kleinen Reprise bereits einen generellen Umschwung der Stimmung signalisiren zu wollen. Als günstiges Zeichen darf aber immerhin gedeutet werden, daß neben fortgesetzten Compensations-Geschäften schon einige neue selbstständige Engagements zum Abschluß gelangten. Die Börse gewann augenscheinlich an Vertrauen zur eigenen Kraft und stützte sich dabei auf die Nachrichten aus Frankfurt, welcher Platz die Medio-Liquidation unter den augenblicklich obwaltenden Umständen verhältnißmäßig sehr leicht überwunden hat; in Bezug auf Frankfurt spricht man nur von einer Insolvenz. Die große Reserve, welche unsere Börse seit Wochen schon hat walten lassen, mildert die etwaigen Besorgnisse, die man in Bezug auf die nächstbevorstehende Regulirung hegen könnte und stärkt das Vertrauen zur günstigeren Wendung der Verhältnisse. Geld ist auf tägliche Kündigung reichlich vorhanden, auch pr. ultimo erweist es sich leicht erhältlich, Disconten sind dagegen für den Augenblick nicht zu begeben. Die Speculationswerthe waren nur in mäßigem Verkehr, Franzosen jedoch zeigten sich belebter. Die Course erfuhren gegen gestern ganz bedeutende Erhöhungen. Auch österreichische Bahnen gingen rege um, Galizier und Oesterr. Nordwestbahn blieben zu steigenden Coursen begehrt, auch Kaschau- und Rudolfsbahn beliebt. Auswärtige Fonds zogen bei recht belebtem Verkehr meist in den Coursen an; Oesterreichische Renten waren anfangs steigend und wurden in ziemlichen Summen umgesetzt, gegen den Schluß ermattete jedoch die Haltung wieder etwas. Französische Rente, Italiener und Türken ließen Regsamkeit nicht vermissen, Türken schließen flau. Amerikaner höher. Russische Staatswerthe fest, aber nur in ruhigem Verkehr. Deutsche und Preußische Fonds wenig verändert; Prior. still, aber im Ganzen fest. Oesterr. belebter und zum Theil besser. Auf dem Eisenbahnactienmarkte zeigte sich eine recht feste Stimmung, die Umsätze

gewannen aber nur in einigen Devisen an Bedeutung; Berg., Rhein. und Köln-Mindner gut behauptet und mäßig belebt. Vielfache Deckungen erhöhten auch etwas die Course; Schlesische Devisen fast durchweg höher, Schweizer Westbahn sehr fest; Nahebahn, Mastrichter belebt; Schweizer Union angeboten. Das Prämiengeschäft ziemlich belanglos; Bahnen beliebter, doch hielten Abgeber zurück. Bankactien zeigten eine entschiedene Besserung, Disconto-Commandit sehr fest und belebt, Centralbank für Bauten, Centralbank für Industrie steigend, Quistorp, Jachmann, Unionbank, Hypothekar- und Bauba k besser, Märkische Industriebank von heute excl. Dividende (dieselbe mit 3 pCt. berechnet), Süddeutsche Centralbank 98, Industriepapiere sehr ruhig und ohne wesentliche Coursreductionen, Berg- und Hüttenwerks-Actien vielfach höher. Donnersmarck, Laura, Dortmunder Union steigend, Kölner Bergwerk, Hibernia, Marienhütte recht fest, Phönix A. begehrt.

(Bank- u. H.-Z.)

Wien, 16. Mai. [Wochenausweis der gesammten lombardischen Eisenbahn] vom 30. April bis zum 6. Mai 1,419,628 fl., gegen 1,246,576 fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochenmehreinnahme 173,051 fl. Bisherige Mehreinnahme vom 1. Januar 1873 ab 2,459,735 fl.

Kopenhagen, 16. Mai. [Die Nationalbank] erhöhte heute den Discont für Wechsel von 4½ auf 5, für Lombard auf 4½ Procent.

⊙ Paris, 14. Mai. [Börse.] Schon gestern Abend auf dem Boulevard wichen die Course auf das Gerücht (ein falsches) von einem Attentat auf den Marschall MacMahon. Heute bei Eröffnung des Marktes drückten starke Realisationen auf die Rente. Es steht zu befürchten, daß dieselben sich jedesmal wiederholen werden, wenn die Anleihe sich dem Course von 88 nähert. Außerdem hegt man Besorgniß vor einer neuen Erhöhung des Zinsfußes in London. — Oesterreichische und Lombarden waren heute etwas fester.

[Londoner Colonialwaaren-Markt.] Mittwoch, 14. Mai. Zucker eher besser. — Kaffee fest. — Thee stetig. — Reis matt. — Jute ruhig. — Pfeffer —.
Metallmarkt unverändert.

Berlin, 16. Mai. Weizen: Von Terminen war Mai angeboten und flau, im Uebrigen fest. Gekündigt 10,000 Ctnr. Kündigungspreis 91½ Thlr. Loco 72—94 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., pro Mai 92—92¼—91 Thlr. bez., Mai-Juni 90—89¾ Thlr. bez., Juni-Juli 89¾—½ Thlr. bez., Juli-August 86⅞—¾ Thlr. bez., August-September — Thlr. bez., September-October — Thlr. bez., gelber — Thlr. bez. — Roggen loco ging ziemlich leicht zu placiren. Im Terminhandel documentirte sich die herrschende Festigkeit auch zumeist in schwachen Offerten und dieselben mehrten sich auch nicht, als Kauflustige successive höhere Gebote machten. Schluß matter. Gekündigt 12,000 Ctnr. Kündigungspreis 55¾ Thlr. Loco 55—60 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 54⅝ Thlr. bez., inländischer 58—60½ Thlr. bez., pr. Mai 55⅝—⅛ Thlr. bez., Mai-Juni 55⅝—½ Thlr. bez., Juni-Juli 55¾—½—⅝ Thlr. bez., Juli-August 55¾—½—⅝ Thlr. bez, August-September — Thlr. bez., September-October 55⅞—55⅜ Thlr. bez. — Rüböl wurde vielfach gedeckt und besserte sich in Folge dessen beträchtlich. Gekündigt 8800 Ctr. Kündigungspreis 22½ Thlr. Loco 22¼ Thlr. bez. — Spiritus bei stillem Handel wenig verändert, loco ohne Faß 18 Thlr. 3—1 Sgr. bez., pro Mai 18 Thlr. 6—5 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 6—5 Sgr. bez., Juni-Juli 18 Thlr. 10—11—10 Sgr. bez., Juli-August 18 Thlr. 20—21—20 Sgr. bez., August-September 18 Thlr. 28 Sgr. bez., September-October — Thlr. — Sgr. bez. — Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr. bez. — Wetter: kalt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 16. Mai. Das „Deutsche Wochenblatt" widerspricht der Mittheilung des „Neuen Wiener Tagbl.", wonach Kaiser Wilhelm mit dem Kaiser Alexander in Wien zusammentreffen sollte. Das „Wochenblatt" schreibt: Vorerst scheint der 16. Juni als Tag der Abreise Sr. Majestät in Aussicht genommen. Dem Vernehmen nach werde der Kaiser nicht vor Mitte Juni Berlin verlassen.

München, 16. Mai. Stiftsprobst Döllinger wurde an Stelle Liebig's zum Vorstand der königl. Akademie der Wissenschaften ernannt.

Wien, 16. Mai. Nach einem der Wiener „Presse" zugegangenen Telegramm aus Konstantinopel haben die Besprechungen in Betreff des Anschlusses der serbischen Bahnen an das rumelische Eisenbahnnetz stattgefunden und hat sich hierbei eine für Oesterreich-Ungarn und Serbien befriedigende Lösung herausgestellt.

Pest, 17. Mai. Der „Pester Lloyd" meldet: Graf Paar geht als Botschafter beim päpstlichen Stuhle an der Stelle des verstorbenen Baron Kübeck nach Rom. Die Zustimmung der Curie hierzu ist bereits eingetroffen.

Genf, 16. Mai. Dem „Journal de Genève" zufolge hat gestern hier die Festnehmung zweier anderer Flüchtlinge und zwar eines Commune-Mitgliedes und eines ehemaligen Obersten der föderirten Truppen von Paris stattgefunden. Diese Festnahmen stehen wie die früheren im Zusammenhange mit Untersuchungen, über welche ein tiefes Geheimniß bewahrt wird. Dasselbe Journal veröffentlicht ferner eine Depesche aus Bern, nach welcher gestern daselbst eine Zusammenkunft zwischen dem Bundespräsidenten und dem Chef der Genfer Polizei stattfand, welcher auch der dortige französische Gesandte Lanfrey beiwohnte, und in welcher der Bundespräsident seine volle Zustimmung zu allen von der Genfer Polizei ergriffenen Maßregeln aussprach. — Von den hiesigen Altkatholiken wird die Errichtung einer eigenen Kirche beabsichtigt.

Rom, 15. Mai. Heute trat diejenige Gruppe der Majorität der Deputirtenkammer, welche in dem Gesetzentwurf über die religiösen Körperschaften eine abweichende Haltung einnimmt, mit dem Minister Lanza zu einer Conferenz zusammen, in welcher sie demselben ihre Ideen auseinandersetzte. Der Minister Lanza behielt es sich vor, den übrigen Ministern am Abend darüber noch Mittheilung zu machen. — In der Kammer wurde die Generaldebatte über den Gesetzentwurf, die religiösen Körperschaften betreffend, geschlossen. Bei dem Schlusse der Debatte unterzog der Justizminister den Gesetzentwurf einer nochmaligen Prüfung und wies nach, daß sowohl das nationale als öffentliche Recht weder verletzt, noch in seiner weiteren Entwickelung gehemmt werde. Der Justizminister betonte schließlich noch die Vortheile dieses Gesetzentwurfs und constatirte die Gefahren, die eine Aenderung des bisher verfolgten Verfahrens mit sich führen würde.

Rom, 16. Mai. Die Besserung im Befinden des Papstes ist anhaltend, der Papst las heute Messe in seinen Gemächern. Einige Dissidenten der Kammermehrheit schlossen sich dem Regierungsentwurfe über das Klostergesetz an, andere verharren opponirend. Die Unterhandlungen dauern fort. Die Kammer begann die Specialberathung über die ersten Artikel.

Paris, 16. Mai. Casimir Perier wurde, der „Agence Havas" zufolge, zu Thiers gerufen. Die Parteiblätter der Rechten erklären, alle Schattirungen der Rechten stimmen in der nunmehr einzunehmenden Haltung überein, namentlich in dem Punkte, daß der parlamentarische Kampf sich nicht um die Frage: Republik oder Monarchie, drehe, sondern um die Nothwendigkeit, eine sehr entschieden conservative Politik einzuschlagen. Eine Interpellation der Rechten soll die Ernennung eines homogenen verantwortlichen Cabinets fordern.

Paris, 16. Mai. Gestern hat eine Zusammenkunft von conservativen, keiner parlamentarischen Fraction angehörigen, Abgeordneten stattgefunden, bei der hauptsächlich solche Deputirte, deren Hauptaugenmerk auf die „gesellschaftliche Erhaltung" gerichtet ist, zugegen waren. Die Versammlung erließ eine Einladung an alle Kammermitglieder der gleichen politischen Richtung, ihre Rückkehr nach Paris zu beschleunigen und am Montage an einer Conferenz Theil zu nehmen, in welcher die von ihnen den erwarteten Vorschlägen der Regierung gegenüber einzunehmende Haltung erörtert werden soll.

Petersburg, 16. Mai. Der Schah von Persien ist, wie von Astrachan gemeldet wird, nach einer stürmischen Ueberfahrt über das Kaspische Meer am gestrigen Abend im besten Wohlsein dort eingetroffen und wird morgen über Zaritzin seine Reise fortsetzen. Der Großfürst Michael hat sich nach dem Kaukasus begeben.

Berliner Börse vom 16. Mai 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	4	138⅝ bz.
do. do.	2 M.	4	137¾ bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	4	— —
do. do.	2 M.	4	— —
London 1 Lst.	3 M.	5	6.19 bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	5	— —
Wien 150 Fl.	8 T.	5	88⅛ bz.
do. do.	2 M.	5	86⅛ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	56 12 B.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	6	99¾ G.
do. do.	2 M.	4½	— —
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	5	— —
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	87⅝ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	5½	79¾ bz.
Bremen	8 T.	5	—

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½ %ige	4½	99⅜ bz.
dito consolid.	4½	104 bz.
dito 4%ige	4	94½ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	88¼ bz.
Präm. Anleihe v. 1855	3½	123⅝ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	100½ bz. B.
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	92⅞ bz.
Pfandbriefe. Berliner	4½	99⅜ bz. G.
Pfandbriefe. Central-Boden-Cr.	5	99¾ G.
Pfandbriefe. do. Unkündb.	5	105 bz.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	81 bz.
Pfandbriefe. Posensche	4	88¾ bz.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	82 bz. B.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	93½ bz. G.
Rentenbriefe. Pommersche	4	93½ bz.
Rentenbriefe. Posensche	4	92 bz. G.
Rentenbriefe. Preussische	4	93¾ bz.
Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein.	4	97 et bz. B.
Rentenbriefe. Sächsische	4	— —
Rentenbriefe. Schlesische	4	83 bz. G.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 71 bz.
Oldenburger Loose 36 bz. G.

Louisd'or — —	Dollars 1.11¼ G.
Sovereigns 6 20¼ bz	Fremd. Bkn. 99⅔ bz
Napoleons 5.10 et bz.	Oest. Bkn. 8⅞ bz.
Imperials 5.16⅞ bz G	Russ. Bkn. 79⅞ bz.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	64¼ bz.
do. Papierrente	4⅕	59¾à60¼ bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	90½à1 bz.
do. 64er Präm.-Anl.	4	92 bz.
do. Credit-Loose	—	115 et bz.
do. 64er Loose	—	94 bz.
do. Silberpfandbr.	5½	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Gs.	5	— —
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	129 bz.
do. do. 1866	5	126½ bz
do. Bod.-Cred.-Pfb.	5	88 n. d. Z.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	73½ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	74 G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	62 bz.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	96½ G.
do. do. p. 1885	6	96½ bz
do. 5% Anleihe	5	94 bz.
Badische Präm.-Anl.	4	109 B.
Baiersche 4% Anleihe	4	110½ bz.
Französische Rente	5	88⅝ G
Ital. neue 5% Anleihe	5	60½ bz.
Ital. Tabak-Oblig.	6	91¾ bz.
Raab-Grazer 100 Thlr.-L.	4	78⅞ bz.
Rumänische Anleihe	8	— — kl.
		100¼ et bz. B.
Türkische Anleihe	5	51¾à⅛ bz.
Ung. 5% St. Eisenb. Anl.	5	74½ bz. G.

Badische 35 Fl.-Loose 39½ B.
Braunschw. Präm.-Anl. 23 bz B
Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 9⅝ B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	98 bz G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	83½ bz.
do. do. VI.	4½	97¼ bz.
do. Nordbahn	5	101½ bz.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	96½ G.
do. do. G.	4½	96½ G.
do. do. H.	4½	96½ G.
Cöln-Minden III.	4	98½ B.
do. do. do.	4½	98 G.
do. do. IV.	4	89 bz. B.
do. do. V.	4	89 G.
Märkisch-Posener	5	101 G.
Ndrschl.-Märkische	4	90½ bz.
do. do. III.	4	— —
do. do. IV.	4½	— —
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	99½ G.
do. do. D.	5	99½ G.
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	82½ bz.
do. C.	4	— —
do. D.	4	89½ G.
do. E.	3½	80½ bz. G.
do. F.	4½	98⅝ G.
do. G.	4½	98⅝ bz.
do. H.	4½	99 G.
do.	5	101½ bz. B.
do. Brieg-Neisse	4½	97 G.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	88½ G.
do. do. III.	4½	— —
do. do. IV.	5	
do. do.	5	100¾ G.
Ostpreuss. Südbahn	5	101½ bz
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101¾ B.
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Stargard-Posen III. Em	4½	— —
Lemberg-Czernowitz	5	67½ bz.
do. do. II.	5	75½ bz.
do. do. III.	5	67 bz
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	90¾ bz.
do. do. neue	5	87½ bz.
Kaschau-Oderberg	5	82 bz. G.
Kronpr. Rudolph-Bhn	5	83⅜ bz. B.
Mähr.-Schl. Centralbhn	5	77 bz.
Oesterr.-Französische	3	290½ et bz. G.
do. do. neue	3	284 bz. G.
do. südl. Staatsbhn.	3	245 bz.
do. neue	3	245 bz.
do. Obligationen	5	84¾ bz.
Chemnitz-Komotau	5	92¾ B.
Prag-Dux	5	85½ B
Dux-Bodenbach	5	86 bz. G
Rockford Rock Island	7	28¾ bz. B.
Ung. Nordostbahn	5	73½ bz. B.
Ung. Ostbahn	5	68½ bz. B.
Warschau-Wien II.	5	94 G.
do. III.	5	92⅞ bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht	⅘	—	4	39 bz
Berg.-Märkische	7½	—	4	111à14¾ bz
Berlin-Anhalt	18½	17	4	178¾ bz B.
Berlin-Görlitz	0	3½	4	107 bz
Berlin-Hamburg	10½	12	4	222 bz G.
Berl.-Potsd.-Magd.	14	8	4	136½ bz
Berlin-Stettin	11⅔	12½	4	182⅝ bz
Böhm. Westbahn	8½	—	5	98¼ bz B.
Breslau-Freib.	9½	7½	4	109½ bz
do. neu	—	—	5	162½ bz
Cöln-Minden	11⅕	—	4	148½à50 bz G
do. do. neue	5	—	5	110 bz B.
Dux-Bodenbach B.	5	—	5	59¾ bz B
Gal. C.-Ludw.-B.	8½	—	5	96à96½ bz
Halle-Sorau Guben	4	0	4	53¼ bz
Hannover-Altenb.	5	—	5	68½ bz
Kaschau-Oderberg	5	—	5	75⅞ bz
Kronpr.-Rudolfb.	5	—	5	74 bz G.
Ludwigsh.-Bexb.	11½	—	4	187¼ bz
Märk.-Posener	0	0	4	51⅛ bz G.
Magdeb.-Halberst.	8½	—	4	129 bz G.
Magdeb.-Leipzig	16	—	4	256 et bz B.
do. Lit. B.	4	—	4	97 bz B.
Mainz-Ludwigshaf.	11	—	4	163¾ bz
Ndrschl.-Märk.	4	—	4	94¾ G.
Ndrschl.-Zweigb.	5	—	4	—
Oberschles. A. u. C.	13⅔	13⅔	3½	178 bz
do. B.	13⅔	13⅔	3½	154 bz
Oestr.-Fr.-St.-B.	12	—	5	192à95 bz
Oester.-Nordwestb	5	—	5	125à26½ bz
Oestr. südl. St.-B.	4	—	5	110à12 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	42½ bz G.
Rechte O.-U.-Bahn	3	6¹⁄₁₅	5	123 bz
Reichenberg-Pard.	4⅖	—	4½	73½ bz G
Rheinische	10	—	4	140à39 bz G
Rhein-Nahe Bahn	0	—	4	38 bz G.
Rumän. Eisenb.	5½	—	6	42¾ bz G.
Schweiz. Westbahn	2	—	4	49⅝ bz G.
Stargard-Posener	4½	—	4½	99¼ B.
Thüringer	10½	—	4	136 bz
Warschau-Wien	12	—	5	83¼ bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	103 bz G.
Berlin Nordbahn	—	—	5	60½ bz
Breslau-Warschau	5	—	5	49½ bz B
Halle-Sorau Guben	5	2½	5	72¼ bz G.
Hannover-Altenb.	5	—	5	85⅝ bz G.
Kohlfurt-Falkenb	—	—	5	84 bz G.
Märk.-Posener	0	0	5	73 bz G.
Magdeb.-Halberst.	3½	—	3½	80½ bz G.
Ostpr. Südbahn	0	0	5	79 bz
Rechte O.-U.-Bahn	5	—	5	—
Saal-Bahn	—	—	5	67 bz G

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	—	7½	5	83¼ G.
Berliner Bank	15	14	4	102 bz
Berl. Bankverein	16	18	5	126 bz G
Berl. Kassen-Ver.	12⅗	29³⁄₁₀	4	275 bz
Berlin. Hand.-Ges.	12½	—	4	148 bz
Berl. Lombard-Bk.	5	11¼	5	81 bz G.
Berl. Makler-Bank	25⅔	11		90¾ bz
Berl. Prod.-Makl.-B.	—	8½	5	92 bz G.
Berl. Wechslerbnk.	13½	0	5	52⅞ bz
Braunschw. Bank	8½	8¾		116⅝ bz G.
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthal u. C.	13	10		101 bz B
Bresl. Handels-Ges.	—	9		86¼ B.
Bresl. Maklerbank	—	30		123 bz G.
BreslMakl-Ver.-Bk	4½	7		98 B.
BrProvWechslerB.	—	12	5	98 B
Bresl. Wechslerbnk.	12	12	4	103¾ bz
Centr.-Bk. f. Genos.	12	14	4	119⅞ bz
CoburgerCred.-Bk.	10¼	7¼	4	91 bz
Danziger Priv.-Bk.	7	7	4	113 B.
Darmst. Creditb.	15	15	4	170⅞ bz
Darmst. Zettelbank	6	7	4	103 bz G.
Dessauer	—	—	fr.	14⅞ bz
Deutsche Bank	6	—	4	99⅞ bz B.
DeutscheUnionsbk	11½	9½	4	93¼ bz G.
Disc.-Com.-A.	24	—	4	240 bz G.
Genfer Bank	—	—	fr.	4 bz G.
Genossensch.-Bnk	10⅔	—	4	126 bz G.
do. jung.		—	4	123½ G.
Gewb.Schusteru.C.	10⅔	—	4	107 bz G.
Goth.Grundcred.-B	9	9½	4	102 bz
Hamb. Nordd. Bk.	12⅗	13⅔	4	161 bz B.
do. Vereins-Bk.	11¼	13⅔	4	112 G.
Hannover'sche do.	—	—	5	101¼ G.
do. Disconto-Bk.	—	5	4	78 bz B
Hessische Bank.	—	6⅔	4	75½ bz G.
Königsberger do.	11	8	5	80 G.
Landw.-B.Kwileck	—	—	4	77 G.
Leipz. Credit-Bnk.	11	15	5	168 bz G.
Luxemburger do.	12	12	4	130 bz G.
Magdeburger do.	6⅘	5¾	4	104 G.
Meininger do.	12	—	4	130 bz G
Moldauer Lds.-Bk.	6	6⅓	4	64 B.
Ndrschl. Cassenver.	12	13¾	4	119 B.
Nordd. Grundcr.-B	8	—	4	109 B
Oberlausitzer Bnk.	10½	18½	5	93¼ bz G.
Oest. Credit-Actien	17¼	8	5	169à73 bz
Ostdeutsche Bank	—	8½	5	78 bz B.
OstdProducten-Bk	—	6½	5	70 B.
Posener Bank	6⅖	8	4	106 B.
Pos. ProvWechslb.	—	13½	4	78 bz G.
Preuss. Bank-Act.	12⁸⁄₁₀	25	4	179½ bz B.
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B	14	—	5	120⅛ bz
Pr.Central-Bod.C.	8½	24	5	120¼ bz
Pr. Credit-Anstalt	—	7½	5	81 bz B.
Prov-Wechsler-Bk	—	12	4	82½ bz G
Sächs. B. 60% I. S.	10	13	4	143½ bz
Sächs. Cred.-Bank	11	—	4	105½ bz
Schles. Bank-Ver.	12	—		138 bz G.
Schl.Vereins-Bank	—	14	5	86¾ bz G.
Thüringer Bank	9	19	5	121½ bz G
Ver.-Bk. Quistorp	15	8	5	155½ bz G
Weimar. Bank	7	5	4	111⅞ bz
WienerUnionbank	16½	11½	5	105 bz
Berl.Eisenb.Bed-A	10⅔	0	5	180 G.
Görlitzer do.	0	14	5	62 G.
Oberschles. do.	6	—	5	39¾ bz
Märk.Schl.Masch-G	—	8	5	54 bz G.
Nordd. Papierfabr.	5⅓	17	5	92 bz B.
Westend,Comm-G	16	—	5	161 bz G.
Baltischer Lloyd.	10	—	5	56 bz G.
Bresl. Bierbrauere	7	—	5	67 G.
do. verein.Oelfab.	—	7½	5	81 bz
Bresl.E-Wagenbau	7	9	5	83 bz
Erdm. Spinnerei.	—	6	5	76¼ bz G.
Hoffm's Wagg.Fab.	—	—	5	63 bz G.
S. Act. Br. (Scholtz)	7	7	5	77 B.
do. Porzellan	—	—	5	95 B.
Schl. Leinenindust	10	—	5	103½ bz G
Schl. Tuchfabrik	11	9	5	89⅞ bz G.
do. Wagenb.Anst	—	—	5	81¼ B.
Donnersmarkhütte	—		5	82¼ bz
Königs- u. Laurah.	21½	—	5	233 bz G.
Lauchhammer	7	—	5	103 bz G
Marienhütte	—	—	5	103 bz G
Minerva		11	5	22 bz
O.Schl Eisenwerke	—	10	5	80 bz G.
Redenhütte	—	—	5	92¼ bz
Schl. Kohlenwerk	—	—	5	110 bz
Schles. Zinkh.-Act.	8	—	5	101¾ bz G
do. St.-Pr.-Act.	6	—	5	102¾ bz B
Tarnowitz. Bergb.	9	—	4½	273 bz
Hyp.Pfdb.d.Pr.Bod	—	—		100 bz
Pomm.Hyp.-Briefe	—	—		100⅝ bz
Goth.Präm.-Pfndb.	—	—	3	102¾ bz
MeiningerPrämPfb	—	—	5	93 B.
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	16⅘	4	121 bz G
Schles. Feuervers.	20	17½	4	119¼ G.

Bank-Discont 6 pCt.
Lombard-Zinsfuss 7 pCt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 16. Mai, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 54, 45. Anleihe de 1871 86, 15. Anleihe de 1872 87, 35. Ital. 5proc. Rente 62, 60. do. Tabaksactien 807, 50. Franzosen (gestempelt) 752, 50. do. neue —, —. Oesterr. Nordwestbahn —, —. Lomb. Eisenbahn-Actien 425, 00. do. Prioritäten 256, 00. Türken de 1865 52, 10 weichend, do. de 1869 310, 00. Türkenloose 168, 75. Schluß matt.

London, 16. Mai, Nachmittag 4 Uhr. Consols 93, 15. Italienische 5procentige Rente 6, 11. Lombarden 16⅝. 5procentige Russen de 1862 94. 5proc. Russen de 1864 93. Silber 59¼. Türk. Anleihe de 1865 51, 13. 6proc. Türken de 1869 60. 9proc. Türken-Bonds —. 6proc. Verein. St. pro 1882 90¾. Berlin 6, 25. Hamburg 3 Monat 20, 50. Frankfurt a. M. 119⅜. Wien 11, 70. Paris 25, 85. Petersburg 31½. Oesterr. Silberrente —. Oesterr. Papierrente —.

Frankfurt a. M., 16. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Lond. Wechsel 117. Pariser do. 92. Wiener do. 104. Franzosen*) 340¼. Hess. Ludwigbahn 164½. Böhmische Westbahn 233. Lombarden*) 195. Galizier 228. Elisabetbahn 245. Nordwestb. 220½. Oregon 29. Creditactien*) 300. Russ. Bodencredit 90½. Russen 1872 89¾. Silberrente 63⅞. Papierrente 60⅛. 1860er Loose 93½. 1864er Loose 169½. Raab-Grazer 79⅛. Amerikaner de 82 95. Darmst. Bank 430. Deutsch-österr. Bank 105. Prov.-Disconto-Gesellschaft 144. Brüsseler Bank 115. Berliner Bankverein 121½. Frankf. Bankverein 122⅞. do. Wechslerbank 87¼. Nationalbank 999. Meininger Bank 128¾. Schiff'sche Bank 217½. Hahn Effectenbank 123¼. Continental 107⅞.
Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 117¼.
Heutiger Differenzenzahlungstag gut verlaufen, 3 ganz unbedeutende Insolvenzen. Ton des Marktes ruhig. Geschäft fast nur pr. comptant, besonders in Anlagewerthen und Bahnen.
Nach Schluß der Börse Creditactien 301. Franzosen 340. Lombarden 194½. Silberrente 63¹³⁄₁₆.
*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 16. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 95. Creditact. 304. Staatsbahn 344,50. Lombard. 196, 25. Galizier 228. 1860er Loose 93½. Silberrente 64, 01. Antwerp. Bank —. Hahn'sche Effektenb. —. Papier-Rente —.

Dresden, 16. Mai, Nachmittags 2 Uhr. Creditactien 172. Lomb. 111. Silberrente 63½. Sächsische Creditbank 104. Sächsische Bank (alte) 144. do. (junge) 135. Leipziger Credit 167. Dresdener Bank 95. Dresdener Wechslerbank 104. Dresdner Handelsbank 78. Sächsischer Bankverein 87. Oesterr. Noten 88. Lauchhammer 103. Fest.

Hamburg, 16. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen höher gehalten, Termine steigend. Roggen loco sehr fest, Termine besser. Weizen Mai-Juni 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 265 Br., 264 Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo netto 254 Br., 253 Gd., pr. Septbr.-October 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 243 Br., 242 Gd. Roggen pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 165 Br., 164 Gd., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 165 Br., 164 Gd., pr. Septbr.-October 1000 Kilo netto 165 Br., 164 Gd. Hafer und Gerste sehr fest. Rüböl still, loco 35, 25, pr. Mai 23½, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 72½. Spiritus still, pr. Mai 100 Liter 100% 42¼, pr. August-September 46, pr. September-October 45½. Kaffee ruhig; Umsatz 2000 Sack. Petroleum flau, Standard white loco 16, 50 Br., 16, 25 Gd., pr. Mai 16, 25 Gd., pr. August-December 17, 00 Gd. — Wetter: Rauh

Hamburg, 16. Mai, 8 Uhr 30 Min. [Abendbörse.] Oesterr. Silber-Rente 64. Oesterr. Credit-Actien 262, 25—264—262, 50. Franzosen —. Lombarden 422. Italiener 60. Bergisch-Märkische 114, 50. Cöln-Mindner 150. Rhein. Eisenb.-St.-Actien 140. Commerzbank 107. Norddeutsche Bank —. Internationale Bank —. —. Anglo-Deutsche Bank 92. Laurahütte 2 6. Dortmunder Union 152, 50. Amerikaner 90¾. Oesterr. Staatsbahn 736. Nordwestbahn —. Anfangs fest, Schluß matt.

Liverpool, 16. Mai. Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Stetig. Tages-Import 9000 B., davon 7000 B. amerikanische.

Liverpool, 16. Mai. (Mittags-Bericht.) Umsatz 12,000 Ballen. Speculation und Export 2000 Ballen. — Unverändert.

Middl. Orleans 9³⁄₁₆, middl. amerikanische 8⅞, fair Dhollerah 6³⁄₁₆, middl. fair Dhollerah 5⅜, good middl. Dhollerah 4⅞, middling Dhollerah 4, fair Bengal 4, fair Broach 6¼, new fair Oomra 6⁵⁄₁₆, good fair Oomra 6¹³⁄₁₆, fair Madras 6¼, fair Pernam 9½, fair Smyrna 7, fair Egyptian 9¼. Amerikanische —.

Upland nicht unter good ordinary Mai-Lieferung 8¹³⁄₁₆.

Petersburg, 16. Mai, Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechselcours auf London 3 Monat 32⁷⁄₃₂, do. auf Hamburg 3 Monat 271¾, do. auf Amsterdam 3 Monat 161⅞, do. auf Paris 3 Monat 341¾, 1864er Prämien-Anleihe (gestpl.) 155⅛, 1866er Prämien-Anleihe (gestplt.) 152½. Imperials 6, 15, Große Russische Eisenbahn 139, Internat. B. II. Emiss. 1.9½ bez.

Petersburg, 16. Mai, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 48, pr. August 49. Weizen loco 14½. pr. August 14½. Roggen loco 7, 35, pr. August 7, 20. Hafer loco 4, 20. pr. Juni —. Leinsaat (9 Pud) loco 14¼, pr. August 14¼. — Auf dem Ladoga-See hat der Eisgang begonnen.

Köln, 16. Mai, Nachmittags 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen animirt, hiesiger loco 9, 20, fremder loco 9, 7½, pr. Mai 9, 5, pr. Juli 9, 1, pr. Novbr. 8, 3. — Roggen höher, loco 5,20, pr. Mai 5, 15½, pr. Juli 5,18, pr. Novbr. 5, 21. — Rüböl höher, loco 12, pr. Mai 11¹⁹⁄₂₀, pr. October 12⁷⁄₁₀. Leinöl loco 12⁶⁄₁₀. Wetter: Schön.

Paris, 15. Mai, Nachmittag. [Productenmarkt.] Rüböl ruhig, pr. Mai 94, 25, pr. Juli-August 95, 00, pr. September-Decbr. 96, 25. — Mehl ruhig, pr. Mai 73, 25, pr. Juni 74, 00, pr. Juli-August 75, 00. Spiritus pr. Mai 53, 00. — Wetter: Veränderlich.

London, 16. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Der Markt schloß für sämmtliche Getreidearten fest, aber ruhig zu letzten Montagspreisen.

Liverpol, 16. Mai, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen 1 D. höher, Mehl fest, Mais ruhig.

Glasgow, 16. Mai. Roheisen. Mixed numbers warrants 117 Sh.

Amsterdam, 16. Mai, Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert, pr. October 362. Roggen loco höher, pr. Mai 203½, pr. October 207½. Raps pr. Herbst 414 Fl. Rüböl loco 42, pr. Herbst 42⅝. — Wetter: Nachtfrost.

Antwerpen, 16. Mai, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt] (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen steigend, französischer 21¼. Hafer fest. Gerste begehrt, algerische 20¼.

Antwerpen, 16. Mai. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 40½ bz., u. Br., pr. Mai und pr. Juni 40½ Br., pr. September 43 bez., 43½ Br., pr. September-December 44¼ bez., 44½ Br. Weichend.

Bremen, 16. Mai. Petroleum, Standard white loco 16 Mark 25 Pf. bez.

Breslau, 17. Mai, 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war sehr fest, bei mäßigen Zufuhren, Preise zum Theil höher.

Weizen in sehr fester Haltung, pr. 100 Kilog. schlesischer weißer 8—9½ Thlr., gelber 7⅚—9⅙ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen zu etwas höheren Preisen gut verkäuflich, pr. 100 Kilog. 5¾ bis 6⅙ Thlr., feinste Sorte 6¼ Thlr. bezahlt.

Gerste unverändert, pr. 100 Kilogr. 5¼—5⅞ Thlr., weiße 5⅔ bis 6 Thlr.

Hafer höher, pr. 100 Kilogr. 4⅔ bis 4¹¹⁄₁₂ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen offerirt, pr. 100 Kilog. 4⅙—5⅓ Thlr.

Wicken matter, pr. 100 Kilog. 3¹¹⁄₁₂—4⅓ Thlr.

Lupinen gesucht, pr. 100 Kilogr. gelbe 3⅙—3½ Thlr., blaue 3 bis 3¼ Thlr.

Bohnen preishaltend, pr. 100 Kilog. 5¾—6 Thlr.

Mais schwach zugeführt, pr. 100 Kilog. 5⅓—5⅔ Thlr.

Oelsaaten schwach offerirt.

Schlaglein gute Kauflust.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.									
Schlag-Leinsaat	8	20	—	9	—	—	9	15	—
Winter-Raps	9	7	6	9	15	—	10	—	—
Winter-Rübsen	8	15	—	8	17	6	9	7	6
Sommer-Rübsen	8	10	—	8	17	6	9	10	—
Leindotter	7	2	6	7	15	—	8	2	6

Rapskuchen sehr fest, schlesische 71—72 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen unverändert, schlesische 90—92 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat ohne Zufuhr, — rothe 12—16½ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee ohne Aenderung, 8½—10½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur Dr. Stein. (In Vertretung: Dr. Weis.)
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.